

GLOBAL VIEW

4 | 2015

Preis:
3,- Euro

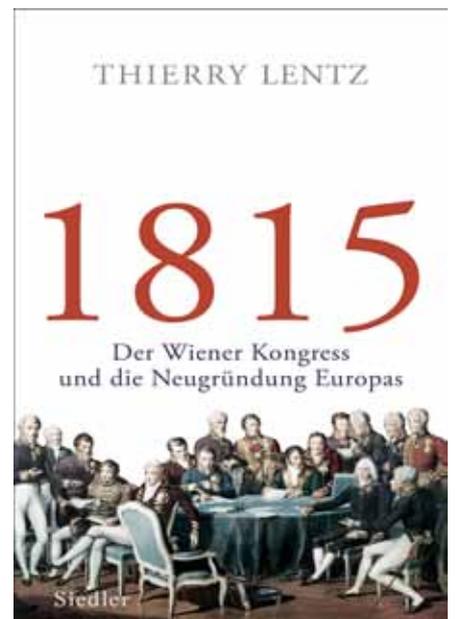
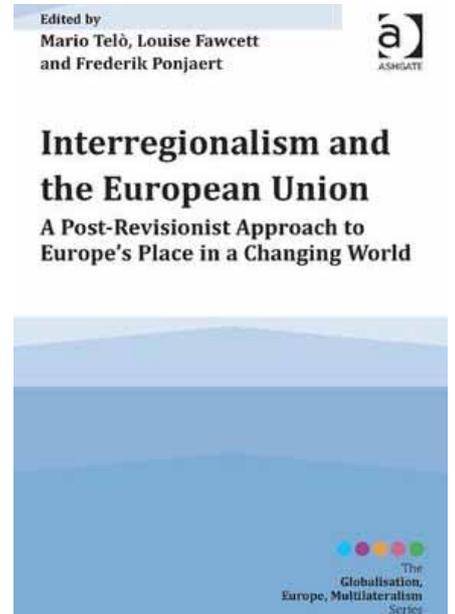
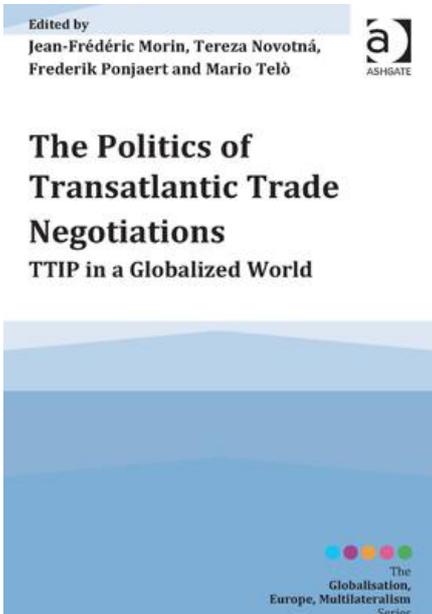
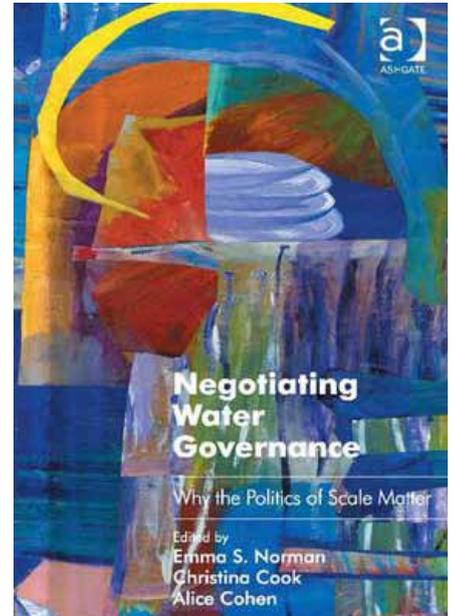
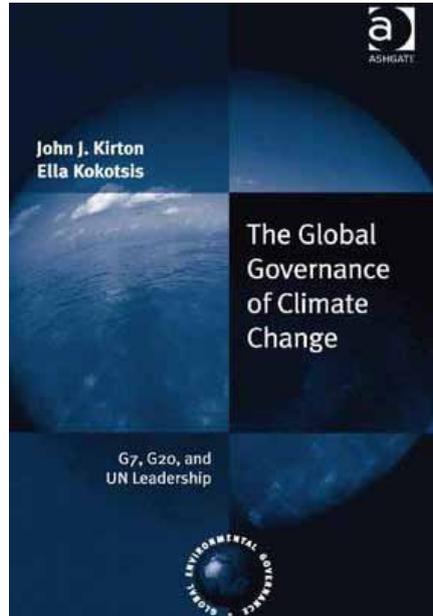
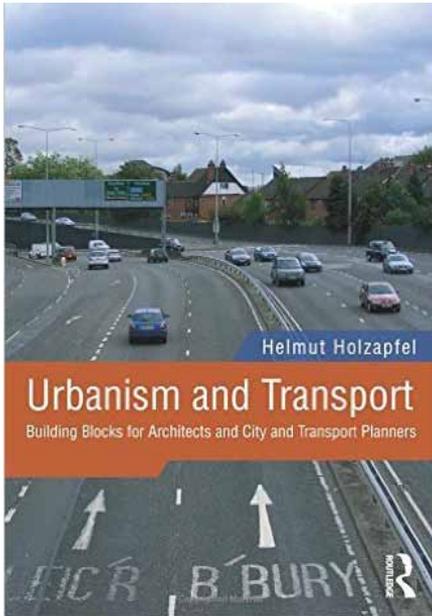
Unabhängiges Magazin

der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN)
und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA)

Urbanisierung

<http://www.globalview.at>

We would like to present you some books that might be of interest to you:



The books are meant for further reading on some topics of this issue of the magazine and also for covering some topics that are of interest in 2015 due to anniversaries but could not be covered more closely in this magazine.

Liebe Leserin!

Lieber Leser!

Dear Readers!



Die Vereinten Nationen prognostizieren, dass bis Ende 2050 ca. zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben werden. In der EU ist das jetzt schon der Fall. Grund genug, um sich in der vorliegenden Ausgabe dem Thema Urbanisierung zu widmen.

Von einem internationalen Ansatz der Agenda 2030 der Vereinten Nationen inspiriert, berichtet Florian Leregger über die Stadtentwicklung im Rahmen der Sustainable Development Goals. Abgeordnete zum Europäischen Parlament Dr. Monika Vana berichtet von der europäischen Perspektive, während Siemens-Chef Wolfgang Hesoun allgemeine Aspekte anspricht und diese dann auf Wien und die Seestadt Aspern umlegt. Universitätsprofessor der Technischen Universität Wien Dr. Jens S. Dangschat erläutert die akademisch-soziologischen Theorien der Urbanisierung in diesem Heft.

Im Rahmen der Urbanisierung spielt der Umweltschutz natürlich eine große Rolle. Die Studentin Sarah Söding berichtet von ihrer Erfahrung in Indien, wo sie sich auf die Spuren der Daliten begab und sich mit der Abfallwirtschaft und dem Umweltschutz befasste. Die beiden EU-Abgeordneten Elisabeth Köstinger und Karin Kadenbach sprechen über EU-Subventionen, Ag-

ropolitik in Europa, das Freihandelsabkommen TTIP und über Klimaschutz.

Unabhängig vom Schwerpunkt dieser Ausgabe des Magazin Global View berichten zwei österreichische Parlamentarier und Außenpolitische Sprecher im Nationalrat über die Zukunft der EU und des Schengenraumes im Rahmen eines Streitgesprächs.

Nordkorea-Experte Dr. Rüdiger Frank von der Universität Wien berichtet in einem ausgiebigen Interview über das Land, welches derzeit wegen seines Staatsoberhauptes und seines Atomprogramms im internationalen Medieninteresse steht. Abschließend haben wir für Sie einen Bericht vom ehemaligen Außenminister Mazedoniens Dr. Srgjan Kerim über „Partnership as an Alternative to Spheres of Influence: The Case of Europe“ bereitgestellt.

Wir hoffen, mit der Auswahl an Artikeln eine spannende Ausgabe zusammengestellt zu haben, und freuen uns über Ihr Feedback unter globalview@afa.at

Viel Freude beim Lesen!

Ihr
Bernd Hermann

Anmerkungen: Nutzen Sie auch das breite Angebot an Veranstaltungen der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) bzw. des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA). Nähere Informationen siehe unter <http://www.oegavn.org> bzw. <http://afa.at>. Feedback bzw. Artikelvorschläge nehmen wir jederzeit gerne via globalview@afa.at entgegen.

Auch dieses Mal haben wir eine Reihe an Buchempfehlungen für Sie zusammengestellt, um bestimmte Themen über den Inhalt der Artikel in diesem Magazin hinaus ein wenig zu beleuchten bzw. um Sie auf Literatur über entsprechende Themen hinzuweisen, die wir im Heft selbst nicht berücksichtigen konnten.

Impressum Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik – Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Redaktionsadresse:** A – 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 | <http://www.globalview.at> | globalview@afa.at ■ **Redaktion:** Bernd Hermann ■ **Layout:** Bernd Hermann ■ **Lektorat:** Mag. René Kallinger ■ **Titelbild:** UN Photo / Margot Granitsas ■ **Nicht gekennzeichnete Bilder:** Redaktion oder Autor ■ **Druck:** Aumayer Druck & Verlag Ges.m.b.H, A – 5222 Munderfing, Gewerbegebiet Nord 3, +43/7744/20080, <http://www.aumayer.co.at>

Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz: **Herausgeber:** Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** Wien, Zustelladresse: Kaiserliche Hofburg-Nordtrakt, Rennweg 1/20, A-6020 Innsbruck ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein (ZVR: 330335717); Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA) und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren dar. ■ Auch wenn im Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit weibliche Formen nicht immer explizit ausgeschrieben werden, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche, wie männliche Personen.



Inhalt



Foto: Siemens

Siemens Chef Wolfgang Hesoun berichtet über die Stadt der Zukunft - Seite 12



photo: Sarah Söding

Waste is a major problem in many cities - Sarah Söding reports about India - page 14



Foto: UN Photo / Marlene Perret

Landwirtschaft, TTIP, Klimaschutz - Interviews mit EU-Abgeordneten - Seiten 16 und 18



Foto: Rüdiger Frank

Nordkorea-Experte Dr. Rüdiger Frank berichtet über Land und Leute - Seite 23

- | | | |
|----|--|---------------------|
| 05 | Event Highlights | Michael F. Pfeifer |
| 06 | Nachhaltige Entwicklung urbaner Räume und der Beitrag der Sustainable Development Goals | Florian Leregger |
| 08 | Vielfalt verbinden - Die Vernetzung der Europäischen Städte ist wichtiger denn je! | Monika Vana |
| 10 | Gesellschaftliche Herausforderungen in der Stadtentwicklung | Jens S. Dangschat |
| 12 | Die Zukunft von Städten: Smart und Lebenswert | Wolfgang Hesoun |
| 14 | Touching the Untouchables | Sarah Söding |
| 16 | „Österreich ist Weltmeister im biologischen Anbau.“ - Interview mit Elisabeth Köstinger (ÖVP), Abgeordnete zum Europäischen Parlament | Bernd Hermann |
| 18 | „Förderungen sollen an ökologische Standards und tierschutzfreundliche Erzeugermethoden gekoppelt werden.“ - Interview mit Karin Kadonbach (SPÖ), Abgeordnete zum Europäischen Parlament | Bernd Hermann |
| 20 | Europa und die Europäische Union bleiben auch 2016 eines der meistdiskutierten und kontroversesten Themen - Interview mit den Abgeordneten zum Nationalrat und Sprecher für Außenpolitik Tanja Windbüchler-Souschill (Grüne) und Dr. Johannes Hübner (FPÖ) | Christoph Aufreiter |
| 23 | „Nordkorea könnte es gelingen, zum neuen asiatischen Tigerstaat zu werden“ - Interview mit Dr. Rüdiger Frank | Nico Büttner |
| 27 | Young Leaders Programme Austria – China | Bernd Hermann |
| 29 | Entwicklungszusammenarbeit auf dem Prüfstand - Expert/innen und Studierende im Redewettstreit | Bernd Hermann |
| 30 | Die Bibel im 21. Jahrhundert | Martin Stowasser |
| 32 | Partnership as an Alternative to Spheres of Influence: The Case of Europe | Srgjan Kerim |

Event Highlights



Foto: ÖGAVN

Während wir derzeit mit der Zahl der Arbeitslosen kämpfen, beschäftigt sich Prof. Dr. Rainer Strack von der Boston Consulting Group in einem Vortrag mit einer möglichen globalen Beschäftigungskrise und der Zukunft der Arbeitswelt. Die Grundessenz seiner These war ein bevorstehendes, sinkendes Arbeitskräfteangebot in Kombination mit einem größeren Arbeitskräftebedarf (sowohl in Deutschland als auch in Österreich). Im Jahre 2030 sollen allein in Deutschland bis zu acht Millionen Arbeitskräfte fehlen, wenn das BIP/Kopf der letzten zehn Jahre gehalten werden soll. Die Lösung dieser Problematik sieht er etwa in der Migration, einer höheren Erwerbstätigkeit von Frauen, einer Anhebung des Pensionsantrittsalters, einer Reduzierung der Schul- und Studienabbrecherquoten und einem transparenten Arbeitsmarkt. Sollten diese unterschiedlichen Maßnahmen nicht gesetzt werden, könnten sowohl Deutschland als auch Österreich auf lange Sicht hin stagnieren.



Foto: ÖGAVN

Mag. Hannelore Fauqueux-Veit sprach in der Stallburg über die sogenannten „primaries“, die anstehenden Vorwahlen in den US-Bundesstaaten Iowa und New Hampshire und über ihre Beobachtungen des Wahlkampfes im Allgemeinen. Einige politische Beobachter in den USA erwarteten nämlich zunächst einen relativ langweiligen und unaufregenden (Vor-)Wahlkampf mit bereits feststehenden Siegern: Jeb Bush und Hillary Clinton. Doch neulich titelte die New York Times in Bezug auf eben diese Wahlen „wildly unpredictable“. So ist der Milliardär Donald Trump in den Medien präsenter denn je. Es steht also ein spannendes Wahljahr 2016 bevor.



Foto: ÖGAVN

Im November erklärte Staatsoperndirektor Prof. Dominique Meyer - im bis auf den letzten Stehplatz gefüllten ÖGAVN-Clubraum - in liebevoller Art die Rolle der Wiener Staatsoper, die auf dem internationalen Parkett als eine der Top Drei positioniert werden kann. Meyer sprach von der speziellen Rolle des Repertoiresystems im deutschsprachigen Raum, im Gegensatz zum im Westen bevorzugten Stagionesystem, wo ein Stück en-suite gespielt wird und man auf ein Ensemble verzichtet. Durch das Repertoiresystem in Wien ist es einem Opernliebhaber möglich, an einem Wochenende gleich drei Vorstellungen hintereinander zu genießen. Ein Mitglied des Staatsoperorchesters kann 45 Stücke in mehreren Sprachen auswendig, die Philharmoniker verfügen über eine einzigartige Universalität, so dass sie bei 70 Aufführungen pro Saison nur 110 Proben benötigen, und fallweise sogar überhaupt nicht proben müssen.

Nachhaltige Entwicklung urbaner Räume und der Beitrag der Sustainable Development Goals

Die Urbanisierung ist einer der globalen Megatrends unseres Zeitalters. Die Vereinten Nationen prognostizieren, dass bis 2050 etwa zwei Drittel der Weltbevölkerung in urbanen Räumen leben werden. Dieser Trend birgt Chancen und Herausforderungen in sich. Um künftig weitere Rahmenbedingungen nachhaltiger Entwicklung für Städte rund um den Globus ermöglichen zu können, sind enorme Anstrengungen auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebenen notwendig. Nachdem die Sustainable Development Goals (SDGs) im September 2015 beschlossen wurden, stellt sich nun die Frage, welchen Beitrag sie dabei leisten können.

Im Jahr 2000 rief der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan im Rahmen der Konferenz URBAN 21 das „Jahrtausend der Städte“ aus (UNRIC 2000). Seit 2008 lebt mehr als die Hälfte der Erdbewohner/innen in urbanen Räumen, nachdem es 1975 rund 38 Prozent waren.

Das Phänomen der Urbanisierung ist nicht neu, jedoch vollzieht sich diese Entwicklung in einem bisher unbekannt hohen Tempo (Future Megacities 2015). Einer der vielen Aspekte in diesem Zusammenhang ist die rasante Zunahme von sogenannten Megastädten. Bis 2050 erwartet der UN-Bevölkerungsfonds weltweit insgesamt 41 solcher Metropolen mit mehr als 10 Millionen Einwohner/innen. 2014 gab es 28 Megastädte, wovon mit Paris und London zwei Städte in Europa lagen (Die Welt 2014).

Das größte Wachstum ist in den sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern zu beobachten, wie zum Beispiel Lagos in Nigeria oder Dhaka in Bangladesch. Zu den derzeit größten Städten bzw. Agglomerationen zählen beispielsweise Tokio (38 Mio.), Delhi (25 Mio.), Shanghai (23 Mio.), Mexico City, Mumbai und São Paulo mit jeweils rund 21 Mio. Einwohner/innen (UN Population Division 2014).

Chancen und Herausforderungen urbaner Räume

Je nach Kontext und Betrachtungsweise bringen urbane Räume rund um den Globus im Sinne der Nachhaltigkeit zahlreiche unterschiedliche Chancen und Herausforderungen mit sich. Einerseits können sie Wirtschaftsmotoren und effiziente Produktivitätsstandorte als wichtiger Beitrag einer Volkswirtschaft sowie Zentren für Innovation sein und andererseits können sie

Herausforderungen		
Ökologie	Soziales	Wirtschaft
Ressourcenverschmutzung, Flächenverbrauch, Verkehrsaufkommen, Lärmbelästigung, Smog, Temperaturanstieg, Abfallaufkommen, <u>uvm.</u>	Hygienemängel, segregierte Lebensverhältnisse, ungleiches Einkommen, Kriminalität, Mitsprache- und Steuerungsverluste, <u>uvm.</u>	stark ausgeprägter informeller Sektor, überforderte Infrastruktur, Gesetzgebungen und Regulativen, niedriges Lohnniveau, <u>uvm.</u>
Chancen		
Ökologie	Soziales	Wirtschaft
effizienter Ressourcenumgang (pro Kopf/Fläche), Umweltgesetzgebung, Abfallwirtschaftskonzept, alternative Flächennutzung, <u>uvm.</u>	Gesundheitsversorgung, steigende Lebenserwartung, Bildungschancen, Arbeitsplätze, erhöhte Planungssicherheit, verstärkte Partizipation, <u>uvm.</u>	wachsender Wohlstand, großer Absatzmarkt, Produktivitätssteigerung, Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, Innovationspotential, <u>uvm.</u>

massive ökologische Probleme verursachen sowie Plätze sozialer Spannungen sein (Abbildung 1 und 2).

Ökologischer Fußabdruck einzelner Städte

Im Kontext des Klimawandels sowie notwendiger Vermeidungs- und Anpassungsmaßnahmen erhalten urbane Räume eine zunehmend wichtigere Bedeutung. Fakt ist, dass insbesondere (Mega-)Städte die Umwelt und das Klima in unterschiedlicher Art und Weise stark beeinflussen.

Tokios Gesamtfläche beträgt zum Beispiel derzeit rund 2.188 km². In Anbetracht des aktuellen

Ressourcenverbrauchs sowie deren Inanspruchnahme der Biokapazität, etwa für Energie, Mobilität, Wohnen, Ernährung, ergibt sich Tokios errechneter Verbrauch einer notwendigen Gesamtfläche von 237.402 km². In anderen Worten: Um den momentanen Ressourcenverbrauch der Metropole Tokio abdecken zu können, ist eine Fläche mit der Größe von zwei Dritteln der Gesamtfläche Japans notwendig (Folberth et al. 2015).

An einem Tag verbrauchen die Einwohner/innen der Stadt New York in Summe mehr Energie als der gesamte afrikanische Kontinent, so Randeria (NZZ.ch 2013). Nach dem Konzept des Ökologischen Fußabdrucks von Wackernagel und Rees

(1994) stehen der berechneten Einheit (z.B. Stadt, Person) insgesamt 1,8 globale Hektar (gha) Biokapazität zur Verfügung, um Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

Der ökologische Fußabdruck Wiens beträgt 3,9 ha pro Einwohner/in. Malmö weist einen Wert von 7,3 gha/EW und Toronto 7,7 gha/EW auf (RMA 2001). Londons Fußabdruck liegt bei 4,5 gha/EW. Für die Städte Delhi, Manila, São Paulo und Beijing werden ökologische Fußabdrücke in Höhe von rund 2,9 gha/EW errechnet. Dieser Wert (2,9) entspricht dem globalen Durchschnitt (The Conversation 2015).

„Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten“ (SDG-Ziel 11)

Die zukünftige Entwicklung von Städten soll laut SDGs unter der Prämisse der „Förderung der Inklusion, der Ressourceneffizienz, der Abschwächung des Klimawandels, der Klimaanpassung und der Widerstandsfähigkeit gegenüber Katastrophen“ stehen. Demnach fokussiert das Ziel 11 der SDGs unter anderem auf den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle in Städten.

Ebenso soll der Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen ermöglicht werden. Die Umweltbelastung (pro Stadtbewohner/in) soll gesenkt werden und eine Balance zwischen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Faktoren erreicht werden. Ein besonderes Augenmerk bei all den Planungsschritten soll auf die Bedürfnisse von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen liegen (United Nations 2015).

Nachhaltige Stadtentwicklung und der Beitrag der SDGs

Faktum ist, dass in Anbetracht der gegebenen Entwicklungstrends, Chancen und Herausforderungen urbaner Räume sowie der Sicherstellung einer lebenswerten Zukunft für Stadtbewohner/innen weltweit das Handeln im Sinne einer nachhaltigen Stadtplanung unabdingbar ist. So vielfältig wie das Konzept der Nachhaltigkeit interpretiert werden kann, so unterschiedliche Ansätze gibt es auch im Bereich der Stadtentwicklung bzw. Raumplanung.

In der Literatur stößt man in diesem Zusammenhang auf zahlreiche Begriffe und damit verbundene Ansatzpunkte. Dazu zählen beispielsweise integrierte, inklusive, resiliente, ökologische oder emissionsfreie Stadtentwicklung sowie Konzepte wie EcoCity, Green Urbanism, New Soft City oder Smart City. Der Stadt- und Klimastrategie Boyd Cohen zieht beispielsweise für sein Ranking, um Städte als Smart Cities zu bewerten, sechs Hauptkategorien heran. Dazu zählen Umwelt, städtische Verwaltungsstruktur, Ausbildungsgrad, Lebensniveau, Wirtschaft sowie Mobilität. Darüber hinaus orientiert er sich auch am effizienten und innovativen Ressourcenumgang sowie an der Verfügbarkeit grüner Technologien (Der Standard 2013).

Abgesehen von den Unterschieden der einzelnen Konzepten sowie Entwicklungsmöglichkeiten sollte die Formulierung des SDG-Ziels 11 ernsthaft verbindend wahrgenommen werden. Zur Unterstützung einzelner Akteuer/innen auf verschiedenen Ebenen verstanden, enthalten die SDGs großes Potential. Sie geben einen Orientierungsrahmen. Auf der einen Seite verfolgen sie einen partnerschaftlichen und inklusiven Ansatz und auf der anderen Seite lassen sie genügend Spielraum zur Berücksichtigung individueller Gegebenheiten in den jeweiligen Staaten (z.B. Kultur, Gesellschaftssysteme) zu.

Im Gegensatz zu den ablaufenden Millennium Development Goals haben sie universelle Gültigkeit. Demnach liegt der Fokus nicht mehr nur auf den sogenannten Entwicklungsländern, sondern jedes Land sowie deren Kommunen haben künftig die Aufgabe, Maßnahmen zur Zielerreichung umzusetzen (IUF 2015).

Als nächster Meilenstein der SDGs sollen im März 2016 die weltweiten Indikatoren von der UN-Statistik-Kommission verabschiedet werden. Damit wird den 17 Zielen und 169 Unterzielen ein Evaluierungsraster zur Verfügung gestellt. Zusätzlich werden die nationalen Regierungen eigene Indikatoren formulieren, um den Erfolg der SDGs messbar zu machen. Der Indicators and Monitoring Framework des Sustainable Development Solution Network (2015) schlägt derzeit einige Indikatoren bis zum Jahr 2030 vor.

Dazu zählen beispielsweise „Percentage of population using safely managed water services“, „Share of the population using modern cooking solutions“ (für Unterziel 11.1.), „Road traffic deaths per 100,000 population“, „Percentage of people within 0.5km of public transit running at least every 20 minutes“ (für 11.2.) und „Domestic revenues allocated to sustainable development as percent of GNI, by sector“ (für 11.3). Zusätzliche Vorschläge lauten „Protected areas overlay with biodiversity“ (für 11.4.), „Losses from natural disasters, by climate and non-climate-related events (in US\$ and lives lost)“ (für 11.5.), „Mean urban air pollution of particulate matter (PM10 and PM2.5)“ und „Area of public and green space as a proportion of total city space“ (für 11.7.).



DI Florian Leregger studierte Umwelt- und Bioressourcenmanagement (Fachbereich: Regionale Entwicklung) an der Universität für Bodenkultur. Er arbeitet am Institut für Umwelt, Frieden und Entwicklung (IUF). Als Trainer und Referent widmet er sich darüber hinaus der Bewusstseins- und Weiterbildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in den Bereichen „Umweltschutz“, „Nachhaltige Entwicklung“ und „Entwicklungszusammenarbeit“.

Vielfalt verbinden - Die Vernetzung der Europäischen Städte ist wichtiger denn je!

In Vielfalt geeint, so lautet das Motto der Europäischen Union. Diese Vielfalt wird uns so richtig bewusst, wenn wir die zahlreichen Städte der EU betrachten. Von Handels- über Industriezentren bis hin zu Universitätsstädten oder Kulturhauptstädten: Städte können die verschiedensten Spezialisierungen, Schwerpunkte oder Stärken haben, und doch erfüllen sie alle ähnliche, grundlegende Funktionen.

Bereits heute wohnen 72% der EU-Bevölkerung (ca. 360 Millionen Menschen) in Städten, und dieser Anteil wird bis 2050 noch auf 80% steigen. Die EU hat hier enorm viel Potential, aber auch Handlungsbedarf. Zahlreiche, vor allem westeuropäische Städte sind heute mit einem Zuzug konfrontiert, der jenem des ausgehenden 19. Jahrhunderts ähnelt.

Es sind die Städte, die über die soziale, wirtschaftliche und nachhaltige Entwicklung Europa entscheiden. Die Stadt als Ort des kulturellen Austauschs und der Vielfalt, als Ort des sozialen Fortschritts mit hohem sozialen Zusammenhalt, hochwertigen Arbeitsplätzen und starken öffentlichen Dienstleistungen, als Ort der ökologischen Erneuerung und Nachhaltigkeit.

Die Städte Europas sind für 80% des Energiebedarfs verantwortlich, sie sind Wirtschaftsmotoren, die 85% des BIP Europas produzieren, sie sind Innovationszentren und Krisenherde im Sozial- sowie Umweltbereich zugleich.

Competition & Cooperation

Städte hören nicht an ihren Grenzen auf, sie sind funktionale Gebiete, welche auch ihrem Umland als Bezugspunkte dienen. An den Grenzen dieses Umlands stoßen wir meistens schon auf die nächste Stadt. Zwischen diesen Städten existieren Wechselwirkungen. Oftmals ist es Konkurrenz, sei es um Einwohner oder Arbeitskräfte, Forschung, Handel, etc. - doch sind es auch immer öfter Kooperation: gemeinsame Bereitstellung von Diensten, Kooperation in der Müllverwertung, etc.

Passend dazu ein Zitat von Franklin D. Roosevelt aus einer 1912 beim People's Forum in Troy, New York, gehaltenen Rede: "Competition has

been shown to be useful up to a certain point and no further, but cooperation, which is the thing we must strive for today, begins where competition leaves off."

Diesen Vorteil haben Städte erkannt und entwickelt eine Art „Coopetition“ (englischer Kunstbegriff - Competition & Cooperation): eine Zusammenarbeit, wo es notwendig und sinnvoll ist, ohne den jeweiligen Wettbewerb in bestimmten Angelegenheiten aufzugeben.

Natürlich gab es schon bisher diese Wechselwirkung zwischen Städten, sei es Wettbewerb oder Kooperation, aber diese hat mit der zunehmenden Globalisierung enorm zugenommen. Europas Städte haben gelernt sich effektiv nach Partnern umzusehen und sich miteinander auszutauschen.

Vernetzung: Wien - Bratislava

Europas Städte vernetzen sich, um den Herausforderungen zu begegnen, die einen größeren territorialen Maßstab erfordern. Sie lernen voneinander und realisieren gemeinsame Projekte,

denn nichts bereichert die Menschen mehr als der Austausch mit einer anderen Kultur.

Nicht weit von meiner Geburtsstadt ist ein sehr interessantes Beispiel zu sehen. Um genau zu sein, nicht einmal 80 Kilometer entfernt. Keine zwei anderen Hauptstädte in Europa liegen so nahe beieinander wie Wien und Bratislava, verbunden nicht nur durch eine gemeinsame Geschichte.

Sie sind auch Motoren des wirtschaftlichen Wohlstands im österreichisch-slowakischen Grenzgebiet. Die Europäische Kommission genehmigte am 28. Juli 2015 das gemeinsame grenzübergreifende Kooperationsprogramm Interreg mit einem Gesamtbudget von ca. 89 Millionen Euro, von welchen ca. 76 Millionen aus EU-Fördermitteln kommen. Neben gemeinsamen Forschungsinitiativen soll es auch Verkehrslösungen sowie Bildungsprogramme beinhalten.

„Europäische territoriale Zusammenarbeit“

Interreg, oder wie es offiziell heißt, die „europäische territoriale Zusammenarbeit“ (Teil der



Foto: Privatarchiv Bernd Herrmann

Wien ist Mitglied der Cities for a Nuclear-Free Europe (CNFE). Der Zusammenschluss von Städten steht für einen mittelfristigen Ausstieg aus der Atomkraft in Europa.



Die beiden Hauptstädte Wien und Bratislava sind nur ca 80 Kilometer voneinander entfernt.

Struktur- und Investitionspolitik der Europäischen Union) feiert seinen 25. Geburtstag und ist eines der Instrumente der EU um die Kooperation zwischen EU-Städten zu verbessern.

Wie auch das EU-Netzwerkprogramm URBACT, welches den Austausch zwischen Städten in verschiedenen Themenbereichen wie z.B. „Innovation und Kreativität“, „aktive Integration“, „kulturelles Erbe“ oder „Humankapital und Unternehmertum“ fördert sowie der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ). Dieses 2006 erschaffene Rechtsinstrument hilft den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in den einzelnen Mitgliedstaaten, wirksamer zusammenzuarbeiten. Durch die Gründung eines EVTZ können jene Gebietskörperschaften EU-Fördermittel direkt beantragen und verwalten, um damit grenzüberschreitende Dienstleistungen zu erbringen oder interregionale Projekte zu gestalten/verwalten.

Auch weiter entfernte Städte werden durch die EU vernetzt, bspw durch die makroregionalen Strategien, welche verschiedene Regionen und Städte durch einen gemeinsamen Bezugspunkt

(z.B. Alpen/ Adria/ Ostsee) miteinander verbinden.

Im Rahmen der „Priority Area 10“ der EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR) hat sich 2014 die „Urban Platform Danube Region“ (UPDR) gebildet, in der Städte aus mehr als einem Dutzend Ländern, Städtenetzwerke und gesellschaftliche Organisationen bei der Umsetzung der Donauraumstrategie und der „Europa 2020“-Ziele zusammenarbeiten und Erfahrungen austauschen

„Europe for Citizens“

Last but not least soll auch das „Europe for Citizens“-Programm erwähnt sein. Darin enthalten ist auch eine Maßnahme zur Förderung von

Veranstaltungen, die zur Bildung von thematischen Netzwerken zwischen den Partnerstädten beitragen. Ziel ist es, eine langfristige Zusammenarbeit zwischen den Kommunen aufzubauen. Denn Europa soll nicht nur wirtschaftlich zusammenarbeiten, sondern sich auch gegenseitig kennenlernen.

Ständige Netzwerke wie EUROCITIES und der RGRE (Rat der Gemeinden und Regionen Europas) bringen die Sichtweise der Städte regelmäßig in den Entscheidungsprozess der Europäischen Union ein („Urban Agenda“).

Doch eine relativ neue Qualität ist, dass sich zunehmend Städte rund um bestimmte Einzelthemen zusammenfinden - seien es der Einsatz für öffentliche Dienstleistungen, der kommunale Wohnbau oder Klimaschutzziele - und gemeinsam Forderungen vertreten oder Entwicklungen in eine positive Richtung mitgestalten wollen.

Einige Beispiele:

„Energy Cities“ lobbyiert für eine nachhaltige Energiewende, CNFE (Cities for a Nuclear-Free Europe) für einen mittelfristigen Ausstieg aus der Atomkraft, die „European Cities for Human Rights“ für Grundrechte. 2013 bildete sich auf Anregung aus Wien eine Initiative von 30 BürgermeisterInnen für leistbares Wohnen und sie wird nicht die letzte Städte-Plattform sein, die sich bildet. Die gegenwärtige Flüchtlingskrise, in der von Städten die Hauptanstrengungen bei der Unterbringung und späteren Integration in den Arbeitsmarkt erwartet werden, wird zu einer weiteren Vernetzung der Städte beitragen.



Foto: European Union 2014 EP

Dr. Monika VANA (GRÜNE) ist Mitglied des Europäischen Parlaments. Sie ist die Koordinatorin der Grünen/EFA im Ausschuss für Regionale Entwicklung und Vize-Chair der Public Services Intergroup. Die studierte Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlerin bzw. Verwaltungsinformatikerin war vor ihrer Tätigkeit in Brüssel Universitätslektorin für Europarecht und Gleichstellung an den Universitäten Graz und Linz bzw. Stadträtin der von Wien und stv.Klubobfrau der Grünen im Wiener Gemeinderat und Landtag.

Gesellschaftliche Herausforderungen in der Stadtentwicklung

Der absehbare gesellschaftliche Wandel europäischer Städte wird regional sehr unterschiedlich und jeweils vor Ort sehr widersprüchlich sein. Zum einen spricht wenig dafür, dass die Diskrepanz aus Modernisierungsgewinnern und -verlierern abnehmen wird, zum anderen werden innovative Lebensstile entstehen. Wichtige Treiber gesellschaftlicher Entwicklung werden der technologische Wandel und die zunehmende Notwendigkeit der Ressourcenschonung sein.

Wenn man Bilder der „Stadt der Zukunft“ sehen will, dann sollte man die Homepages von Audi, BMW oder Mercedes besuchen, während die Zukunft der Mobilität von Google bestimmt wird. Auch Architekt/innen und Städtebauer/innen zeigen in ihren Renderings Bilder von der „Stadt von morgen“: Begrünte Hochhäuser, die als Solitäre in begrünten Flächen stehen, darum viele schlendernde Fußgänger – kaum Kinder, keine älteren Menschen. Die Fahrzeuge dazwischen sehen nach E-Cars aus – kaum größer als Smarts.

In anderen Bildern der Stadt von morgen bestimmen Menschen ihre Nachbarschaften selbst, begrünen den öffentlichen Raum, in dem kaum noch ein parkendes Auto zu sehen ist. Männer wie Frauen kümmern sich gleichermaßen um die zwei bis drei Kinder – man versucht gesund und bewusst zu leben.

Ein dritter Typus von Zukunftsbildern rückt das Internet der Dinge in den Mittelpunkt des Alltags – nicht nur, dass selbstfahrende Autos aufeinander reagieren, sie sind als fahrende Computer die Schaltstelle zu Clouds und Boxen, reagieren auf kleinräumige Wettersituationen, aber auch auf Werbung im Vorüberfahren. Hiermit sind Probleme der Datensicherheit verbunden und die Steuerung der algorithmen-basierten Konsumentenanalyse.

Technologischer Wandel

Was ist aus sozialwissenschaftlicher Sicht von solchen Blickwinkeln auf die Zukunft (europäischer) Städte zu halten? Schwierig zu sagen, denn die treibenden Kräfte der Veränderungen sind stark und vielfältig. Sicher ist, dass der technologische Wandel der nächsten 20 Jahren dynamischer und vielfältiger sein wird als der der vergangenen 20 Jahre. Dieser bestimmt nicht nur die Produktion, die Dienstleistungen, den



Foto: Florian Lengger

Begrünung ist immer ein wichtigerer Aspekt moderner Städte

Handel und die Arbeitsmärkte, sondern auch der Alltag: Die ‚digital natives‘ von heute werden in 20 Jahren Probleme haben, noch ‚up to date‘ zu sein, denn der technologische Druck auf das lebenslange Lernen überfordert einen immer größeren Anteil der Menschen.

Ökonomischer Wandel

Die ökonomischen Rahmenbedingungen werden noch bedeutsamer werden und sich von Region zu Region zunehmend unterscheiden. Die größten Wachstumsraten werden in 20 Jahren in Afrika liegen, aber wenig von der Mehrheit der dort lebenden Menschen gesteuert werden, sondern von wirtschaftlichen und politischen Interessen aus Süd-Ost-Asien, Nordamerika und Europa. In Europa werden sich ökonomisches Schrumpfen und Wachsen noch unvermittelter gegenüber stehen – diese Widersprüche werden auch in stärkerem Maße als heute die westeuropäischen Städte kennzeichnen.

Politische Steuerung

Offen ist die Frage, wie Politik dagegensteuern kann und will. Wird es eine Umkehr der aktuellen Trends aufgrund der Zuspitzung von Wett-

bewerb und Konkurrenz kommen oder verliert sich Europa in eine zunehmende Austerität, wie sie sich gegenwärtig abzeichnet? Es bedarf dazu neuer multipler Formen der Demokratie.

Ökonomischer und demografischer Wandel

Der soziale Wandel im engeren Sinne betrifft drei Dimensionen: den sozioökonomischen, den soziodemografischen und den soziokulturellen Wandel. Die vergangenen zwei Jahrzehnte in europäischen Städten sind von einer sich wieder öffnenden Schere aus gleichzeitigem Zuwachs an Wohlstand und Armut gekennzeichnet – es spricht vieles dafür, dass dieser Trend sich in den nächsten Jahren eher verstärkt.

Das Potenzial eines wohlfahrtsstaatlichen Ausgleichs wurde im gleichen Zeitraum abgebaut – in einem Teil der neuen Mitgliedstaaten der EU wurde dem Wohlfahrtsstaat kaum eine Chance gegeben, sich zu etablieren. Insbesondere in den Branchen der neuen Dienstleistungsberufe entstehen sehr flexible Arbeitsbedingungen, welchen in hohem Maße auch zu prekären Situationen führen.

In 20 Jahren werden wir in den meisten euro-

päischen Ländern im Höhepunkt der Überalterung stehen (und noch weitere 20 dieser Jahre vor uns haben) – allerdings ist dieses weniger das Problem der größeren Städte, sondern des ländlichen Raumes und der ökonomischen Peripherie. Meist werden als Ursache die (seit ca. 80 Jahren) rückläufige Geburtenrate und die steigende Lebenserwartung genannt – de facto ist es jedoch das „Problem“, dass die „Babyboom-Generation“ ins Rentenalter vorrückt. Das bedeutet aber auch, dass sich im Jahr 2060 das ‚ageing‘-Problem weitgehend aufgelöst haben wird.

Die Integration der Zugewanderten heute ist der Schlüssel für den Erfolg von morgen

Aktuell stehen die Herausforderung steigender Flüchtlingszahlen und ein Zuwanderungsdruck von Menschen, die als „Wirtschaftsflüchtlinge“ bezeichnet werden, massiv im Vordergrund politischer, medialer und von Stammtisch-Debatten. Wie wir heute mit denen, die bereits nach Europa gekommen sind, umgehen, wird sich auch in 20 Jahren auswirken. In den nächsten Jahren werden – wenn auch gesteuerter – zusätzlich weitere Menschen aus eher „fremden“ Kulturräumen einwandern. Daher ist es ganz entscheidend, ob heute schon die notwendige politische, ökonomische und solidarische Kraft aufgebracht werden kann, damit die „Überforderung von heute“ in 20 Jahren als ein „Geschenk“ wahrgenommen wird.

Dazu sind allerdings andere Rahmenbedingungen notwendig: vorübergehende Aussetzung der engen Grenzen der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und Zweckbindung der erlaubten Mehrausgaben. Massive Investitionen in die klassischen Integrations-Instanzen (Bildungs- und Gesundheitssystem sowie Wohnungs- und Arbeitsmarkt) mit ähnlich schnellen und konsequenten politischen Entscheidungen wie bei der Banken-Rettung oder Entscheidungen, gegen den sogenannten IS in den Krieg zu ziehen.

Weiter braucht es massive Aufmerksamkeit auf die Verunsicherungen und Überforderungen von

Teilen der „Aufnahmegesellschaft“. Die Integrationsarbeit wird vor allem in deren Wohngebieten, in den Schulen, in denen ihre Kinder sind, und letztlich auch innerhalb der wohlfahrtsstaatlichen Regelungen geleistet.

Neue urbane Milieus und Lebensstile

Solche dramatischen Zuspitzungen gesellschaftlichen Auseinanderdriftens, die zumindest nicht auszuschließen sind, werden von einer Reihe sehr unterschiedlicher soziokultureller Prozesse überlagert. Eine deutliche Ausdifferenzierung der Werte wird die kommenden Jahren kennzeichnen, was von einem Teil der Gesellschaft begrüßt und lustvoll ausgelebt, von einem anderen Teil eher erlitten wird.

Es entstehen schon heute urbane Lebensstile des „Teilen und Tauschens“, des „Selbermachens“ und „sich selbst Organisierens“. Das ist zwar heute noch eine milieu- oder lebensstil-spezifische Minderheit, doch mit erheblichem Entwicklungspotenzial durch die interaktiven Medien des Web 2.0, das Internet der Dinge und den flexiblen Arbeitsbedingungen. Die treibenden Kräfte sind zudem sehr unterschiedlich: Beispielsweise können für die Nutzung des sich rasch verbreitenden, stationsungebundenen Carsharing Gründe der Ressourcenschonung und Umweltschutz genauso genannt werden wie veränderte Konsumpräferenzen, die freiwillig als auch durch Knappheit bestimmt sein können.

Weiter wird eine Bequemlichkeitshaltung unterstützt, weil Reparatur, Betanken, Pflege und bisweilen auch die Parkplatzsuche kaum eine Rolle spielen. Mit welchem Motivationsbündel junge Erwachsene in Städten zunehmend auf das eige-

ne Auto verzichten, wird darüber entscheiden, wie sich die Idee des Teilens weiter verfestigt und ausbreitet.

Die Notwendigkeit zur Ressourcenschonung wird zur neuen Leitkultur

Die künftigen gesellschaftlichen Entwicklungen werden zudem von der zunehmenden Notwendigkeit zur Ressourcenschonung und der Notwendigkeit geprägt, die Umweltbelastung zurückzuführen. Es reift die Überzeugung, dass mit technologischem Fortschritt allein gesellschaftliche Probleme allenfalls in Teilen gelöst werden können und zudem unerwünschte Nebeneffekte (Rebound-Effekte) offensichtlich zunehmen.

Eine große Herausforderung besteht darin, wie es gelingt, negative Handlungsroutrinen des Energiekonsums aufzubrechen und zu überwinden. Auch aus solchen Prozessen des erzwungenen Wertewandels entstehen weitere Verunsicherungen, Entfremdungen und Gefühle, nicht mehr dazu zu gehören, und in Folge dessen eine Verstärkung der Entsolidarisierung.

Technik- und Ingenieurwissenschaften bedürfen einer gesellschaftlichen Fundierung

Es wäre also angemessen, darüber nachzudenken, warum dem Verstehen und der Gestaltung des sozialen Wandels deutlich weniger Aufmerksamkeit (und Forschungsmittel) zukommen als dem der Gestaltung des technologischen Wandels. Es geht dabei weniger darum, vermeintliche Technikfeindlichkeit abzubauen, sondern u.a. auch darum, soziale Innovationen auch unabhängig von technologischen zu erkennen, zu fördern und zu unterstützen.



Dr. Jens S. DANGSCHAT ist Professor für Siedlungssoziologie und Demographie an der Technischen Universität Wien, Fakultät für Architektur und Raumplanung sowie Leiter des Fachbereichs Soziologie (ISRA). Seine Forschungsschwerpunkte sind: Stadt- & Regionalsoziologie, soziale Ungleichheit & Segregation, Migration & Integration, nachhaltige Mobilität und Energiekonsum, Kommunikation & Partizipation, Raum- & Planungstheorie

Die Zukunft von Städten: Smart und Lebenswert

Aktuelle Prognosen zu den Lebensbedingungen in Städten gehen noch nicht davon aus, doch es ist möglich: ein gesünderes, angenehmeres, entspannteres Leben in Metropolen weltweit. Die Voraussetzung dafür ist, dass diese „smart“ und somit regelrecht intelligent werden.

In rund 15 Jahren werden knapp 60 Prozent der Menschheit in Ballungszentren leben. Bis 2050 sollen es aktuellen Prognosen zufolge sogar 70 Prozent sein – und somit fast so viele Menschen, wie heute auf der Erde leben. Das Beunruhigende daran: Schon heute entstehen bis zu 70 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen in Städten. Fast 90 Prozent der weltweiten Stadtbevölkerung atmet somit Luft ein, deren Belastung deutlich über den empfohlenen Grenzwerten liegt. Und bereits jetzt kämpfen viele Städte mit Wohnraummangel, überlasteten Infrastrukturen, gefährdeter Wasser- und Energieversorgung. Hinzu kommt die zunehmende Bedrohung durch Naturkatastrophen, verursacht durch den Klimawandel – an dem die Emissionen der Metropolen einen entscheidenden Anteil haben.

Saubere Luft statt Smog, sauberes Trinkwasser für alle

Die Vorstellung, dass sich diese Trends – zum Teil sogar potentiell – so weiter entwickeln, ist alarmierend. Und nicht zuletzt deshalb gibt es

berechtigte Hoffnung, dass sich diese Trends umkehren lassen. Der Pariser Klimavertrag ist ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung. Das Ziel: Saubere Luft statt Smog; entspannte Mobilität statt verstopfter Wege von A nach B; ausreichend sauberes Trinkwasser; bei Bedarf verfügbarer und bezahlbarer Strom aus regenerativen Quellen statt teurer oder schmutziger Energie, die durch fossile Träger gewonnen wird. Der Weg dorthin führt nicht zurück in ein vorindustrielles Zeitalter, sondern nach vorne, in ein Zeitalter der Digitalisierung. Viele Metropolen sind – zumindest in Teilen – schon auf dem Weg dorthin. Sie sind auf dem Weg, im modernsten Sinne schlau zu sein: auf Basis von Daten. Und mithilfe einer Vielzahl ausgeklügelter Technologien.

Intelligente Vorhersagen machen Städte besser planbar

In einem ersten Schritt geht es darum, das Wissen um die Stadt zu erweitern. Schon jetzt sammeln in jeder Metropole zig Sensoren und Zähl-

er Daten jeglicher Art. Diese Tonnen an Bits und Bytes werden gesammelt, oft auch gespeichert – aber in vergleichsweise minimalem Ausmaß ausgewertet und sinnvoll genutzt. Wie aus dem Wust an Big Data schlaue, nutzbare Smart Data werden können, das ist die Frage und somit die Herausforderung für die Stadt der Zukunft.

Siemens-Experten aus Wien haben mit dem City Performance Tool (CyPT) ein System entwickelt, um diese Daten zu analysieren. Das geschieht mit ausgeklügelten Algorithmen, die es Entscheidern in Stadtverwaltungen ermöglichen, die zielführendsten Technologien für Stadtentwicklungsprojekte auszuwählen. So kann ein maximaler ökologischer und ökonomischer Nutzen für die Stadt erzielt werden. Dank der aufbereiteten Informationen werden Städte effizienter und können perfekt an die Bedürfnisse der Einwohner angepasst werden.

Smart City Wien ist Vorreiter

In Wien sind Geschichte und Zukunft eng miteinander verwoben. Die österreichische Hauptstadt ist ein Schaufenster und ein Testfeld für neue Ansätze und Lösungen, die die Entschlossenheit widerspiegeln, einen hohen Lebensstandard mit einem nachhaltigen Umgang mit Raum und Ressourcen zu verbinden. Im Rahmen der Initiative für eine nachhaltige Stadtentwicklung mit den Namen „Smart City Wien“ setzten die österreichische Regierung und das Wiener Rathaus verschiedene Maßnahmen, um intelligente Lösungen im Interesse einer nachhaltigen Wirtschaft und im Einklang mit einem stabilen oder wachsenden Lebensstandard zu fördern.

Wien war die weltweit erste Pilotstadt, in der das City Performance Tool von Siemens angewendet wurde, und damit auch Impulsgeber für die weitere Entwicklung der Software. Die Herausforderung war es dabei, bereits vorhandene Daten aller städtischen Abteilungen von Klima,

Foto: UNPhoto / Kibae Park



Schlechte Luft - ein altbekanntes Problem vieler Großstädte

Verkehr, Energie, Gebäuden bis hin zu allgemeinen Statistiken zusammenzuführen. Insgesamt wurden 350 Datenpunkte akkumuliert, digitalisiert und analysiert. Die intelligente Zusammenfassung der vorhandenen Daten passiert dabei in einer bisher nicht dagewesenen Geschwindigkeit – quasi auf Knopfdruck – quer über alle Bereiche der Stadt.

Die Datenanalyse zeichnet ein positives Bild für Wien: Die Stadt setzt bisher bereits auf eine sehr kosteneffiziente Infrastruktur, einen guten Mix an technologischen Maßnahmen und eine sehr saubere Energieversorgung. Dennoch wird Wien weiterhin in die Implementierung von Cutting Edge Technologien investieren müssen, um die Klimaziele zu erreichen: Noch dichtere Verkehrsinfrastruktur im öffentlichen Verkehr, Modernisierung der Energieverteilung, Ausbau der erneuerbaren Energieversorgung, mehr Gebäudeisolationen und weitere Innovationen in intelligenter Straßenverkehrstechnik sind laut Berechnungen notwendig. Wenn die richtigen Hebel gesetzt werden, kann Wien seine Klimaziele bereits 2025 erreichen.

Die Stadt der Zukunft: Seestadt Aspern

Einer der ambitioniertesten Teile des Programms Smart City Wien ist die Planung der Seestadt Aspern, eines neuen, multifunktionalen Stadtquartiers. Als Vorzeigeprojekt der „Smart City“-Initiative dient das neue Quartier als Testfeld für energieeffiziente Lösungen für die Städte der Zukunft. Hierzu wurde die Forschungsgesellschaft Aspern Smart City Research (ASCR) von Siemens als führendem Industriepartner und der Stadt Wien sowie den Versorgungsunternehmen Wien Energie und Wiener Netze ins Leben gerufen.

Der Fokus der Forschungsaktivitäten liegt auf der Frage, wie Energieversorgung, Gebäudetechnik, intelligente Stromnetze sowie Informations- und Kommunikationstechnik optimal zusammenspielen können, um maximale Energieeffizienz zu erreichen. Intelligenten Stromnetzen (Smart Grids) und intelligenten Gebäuden (Smart Buildings) kommt dabei eine zentrale Rolle zu.



Seestadt Aspern - die Stadt der Zukunft in Wien

Gebäude der Zukunft fungieren nicht nur als Energieverbraucher, sondern auch als Energieerzeuger und -speicher. Um die Vision von smarten Gebäuden in smarten Netzen Realität werden zu lassen, gilt es, entsprechende Märkte aufzubauen, Strukturen für Energieerzeugung und -verteilung anzupassen und Angebote für energieeffiziente Gebäudetechnik deutlich zu erweitern. Die Ergebnisse der Forschungsanstrengungen in der Seestadt Aspern werden einen wesentlichen Beitrag dazu leisten.

Die Zukunft hat bereits begonnen

Wie radikal aber ist der strukturelle Wandel, den Städte vollziehen müssen, um smart und lebenswerter zu werden? Experten sagen, dass die Stadt von Morgen, architektonisch betrachtet, nicht grundlegend anders aussehen wird als

die Stadt von heute. Es wird sich vielmehr die Art und Weise ändern, wie wir die Stadt erleben. Das hat mit dem umfassenden Einsatz digitaler Technologien zu tun. Im Moment deutet vieles darauf hin, dass es gelingen kann, aktuelle Trends umzukehren und ein besseres Leben in Städten zu ermöglichen. Null Abgase, null Fahrzeuglärm, null Staus, dafür viele Parks und öffentliche Plätze: Die smarte Metropole der Zukunft bietet ihren Bewohnern die Annehmlichkeiten einer Großstadt, gepaart mit den Vorzügen des ländlichen Lebens. Städte werden zu lebenswerteren Orten, auch weil sie sich dank digitaler Technologien kontinuierlich verbessern.



Wolfgang HESOUN ist Vorsitzender des Vorstands der Siemens AG Österreich mit einer Verantwortung für 18 Länder von Zentral- und Südosteuropa bis nach Israel. Die Geschäftstätigkeit des Unternehmens konzentriert sich auf Elektrifizierung, Automatisierung und Digitalisierung. Dazu gehören im Wesentlichen Systeme und Dienstleistungen für die Energieerzeugung, -übertragung und -verteilung ebenso wie energieeffiziente Produkte und Lösungen für die Produktions-, Transport- und Gebäudetechnik bis hin zu Technologien für hochqualitative und integrierte Gesundheitsversorgung.

Touching the Untouchables

Every once in a while, I throw myself out there into foreign places in the aspiration to understand this world a bit better. This passion has brought me to Mumbai in India, where I taught politics and environmental protection to a group of kids in Dharavi, the biggest slum of Asia. What I found there was nothing I would have expected: A paradox system of protecting the environment and polluting it at the same time and the precious value that people who are regarded as unworthy, contribute to society.

Pictures of polluted streets and rivers are a common image of Indian cities. To bring some attention to this problem, I travelled to Mumbai in summer to do educational work on environment.

Waste - business and threat

Upon my arrival, I learned that what I had assumed to be an ignored issue astonishingly is the fundament of economy in Dharavi: The major share of an estimated 700 million dollar turnover in this slum is achieved annually by recycling 80% of Mumbai's waste. Rag pickers, people who are considered as untouchables, collect recyclables on the streets and from landfills and sell them to slum enterprises that process all kinds of plastic, paper, metals and textiles. Likewise, Dharavi is contributing a great deal to resource protection; but it is harming the environment in this very same act by polluting rivers in the recycling process and throwing out waste carelessly that is not recyclable. Garbage is a business in Mumbai, not a concern of environmental protection.

It is often argued that environmental protection is a luxury only pursuable by wealth countries – the experiences of my travels have taught me differently: Pollution is a fundamental factor for poverty. The intoxication of water and ground as well as the absence of a sewage or draining system is causing thousands of infections, birth defects and deaths daily. Healthiness and a hygienic environment are basic needs that need to be satisfied in order to be able to occupy oneself with education and earning money. Teaming up with a courageous and active lady fighting for environmental awareness, I have organized workshops, lectures and experiments to make garbage a matter of care and not only money. Our efforts have sparked great interest and dedication by kids especially.



Pollution is still a great problem in lots of cities

A thriving slum society

Slum is defined differently in India, in fact it describes an area that is inhabited illegally as it actually is city property. While it is true that most people live in poverty, almost everyone has an employment in this flourishing and dynamic system of around one million inhabitants. Generations of families working in passed-on family businesses have given unique character to their neighbourhoods and created strong communities. Even entrepreneurs that have brought it to great wealth in the slum have not left their homes there.

The fact that I lived in the slum met with rejection of the colleges I came to shot a Bollywood movie with during my time in Mumbai. In order to make them understand my efforts to understand the way people encounter live in poverty, I took them to a dumping ground, where the poorest of all, the rag pickers, work. Unfortunately, ever since the highly awarded movie *Slumdog Millionaire* (2009) has brought negative attention to slums and landfills, visitors have been banned to access the dumping ground, which made this undertaking rather

complicated. It took me several attempts, fruitless discussions and a secret adventurous mud path to finally find myself on the probably tallest hill in Mumbai, composed entirely out of trash: the Deonar dumping ground.

The segregation of valuable and worthless lives

Two little girls spotted us and helped up onto the plain, clasping our hands with their dirty fingers. I was taking care not to cut my legs on sharp plastics or needles – and felt ashamed immediately when I saw that the girls' feet were entirely naked, sunken into the muddy ground of rotten waste and plastics. The girls were amazed by my looks - presumably none of them has ever seen a white girl before. Sudhir and Rajesh, my companions, were shocked – none of them has ever seen a white girl touching an untouchable, before. And I, for my part, was delighted with the certainty that this would be an important encounter for all of us.

The untouchables, also known as Dalits, are not included in the caste system that divides India's population hierarchical into four different varna, stipulating certain jobs and traditions.

An estimated 16,6 % of the Indian population is classified as Dalits, people who are regarded as impure and unworthy and fall out of the caste system. Being only allowed to perform “unclean” jobs as manual scavengers, latrine cleaners and leather workers, they face discrimination and oppression, especially in the rural areas. The term untouchable describes the refrain from getting in contact with Dalits. Even standing in their shadow is considered as tainting.

Apparently, the segregation and oppression of people from lower casts has been changing a lot during the last century as an increasing material wealth, social mobility and urbanisation allows people from lower casts to obtain higher standards. Nowadays, the hierarchical aspect of the caste system has lost its authority in most parts and people understand their cast as an identity, looking at it as affiliation to a special community. However, this is often not true for the lowest classes.

While the older rag pickers on the dumping ground where rather sceptical (something I cannot blame them for), the girls took us around with excitement and joy. Our interest and appreciation has sparked off a kind of happiness in them that made us understand how much these people suffer from the segregation and disregard brought towards them. Strolling around the dumping ground with coarse dust stinging our eyes and a pungent chemical and foul smell in our noses, I could not comprehend how the rag pickers could spend all of their days here, poking around in the toxic waste with bare hands and feet. Despite these people make a fundamental contribution towards the society and environment, they are disregarded as worthless.

Mutual education by clashing cultures

Most people I describe this life in poverty to ask me how I endured this; they regard my experiences as negative. This is probably the most important realization I have made: Every situation is exactly what I make out of it. Whether I feel enchanted or depressed is based upon my very own interpretation; whether I react encouraging or distrustful is my very own decision. I choose



An estimated 16,6 % of the Indian population is classified as Dalits (impure and unworthy people)

to be positive and to regard every experience as a new insight with great value. I have found that a positive attitude and respect towards people and their way of living have brought me to places that I would never have been to with a mistrusting manner. I have felt perfectly comfortable living in the slum because I chose to lay off the principles that my western culture has taught me. This way, I encountered the most welcoming and inspiring people living a fulfilled life in dramatic conditions.

My first sole travel was accompanied by a thought of my friend’s mother that still remains embedded in my memory until today. She said that it might certainly be nice to be travelling the world, but questioned whether it actually served a purpose to mankind. Back then, when she asked me whether I would really benefit more from those memories than from the knowledge I would have obtained spending that time studying at university, I did not know what to reply. I have found the answer on my travels.

There is no better way to self-educate, to grow and to develop one’s personality than by going abroad – at eye level with the local population and their manners, with no prejudices nor arrogance. Never have I understood more about this world and surprisingly about my own culture, never have I gotten more insights on society, politics and economy and no situations have ever challenged me more, made me rethink ingrained perspectives and encouraged me to surpass myself.

Individuals and societies all over the world are facing the same fundamental questions, issues and challenges and throughout history, each culture has developed different values and approaches to deal with them. The unbiased and equal dialogue between individuals influenced by different cultures can evolve new solutions out of the diverse approaches and perspectives to enrich our personality and the way we encounter life.



Sarah SÖDING studies International Business and Economics at the WU Wien and is currently absolving AFA’s Global Advancement Programme (GAP). To combine her dedication to international development and sustainability, she has been building projects with NGOs in Africa and India and is currently setting up her very own, the Mutual Project.

„Österreich ist Weltmeister im biologischen Anbau.“

Bernd Hermann sprach mit der Abgeordneten zum Europäischen Parlament Elisabeth Köstinger über die österreichische und europäische Landwirtschaft, die Subventionspolitik der EU, das Freihandelsabkommen TTIP sowie die Agenda 2030 der Vereinten Nationen und den Klimaschutz.

Was hat sich in Bezug auf die Subventionspolitik der EU im landwirtschaftlichen Sektor in den letzten Jahren geändert bzw. wie sollten Ihrer Meinung nach die Pläne für die Zukunft aussehen?

Zahlungen an Landwirte im Rahmen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik sind Ausgleichszahlungen für niedrige Produktpreise und kommen der gesamten Bevölkerung im Rahmen von leistbaren Lebensmitteln zu Gute. Außerdem erfüllen Landwirte wichtige ökologische Aufgaben, wie die Sicherung der Biodiversität und den Schutz von Boden und Wasser. Sie prägen eine jahrhundertealte Kulturlandschaft und schaffen damit die Grundlage für den Tourismus. Mit den Programmen der ländlichen Entwicklung kann das Potential der gesamten Wertschöpfungskette genutzt werden. Das garantiert die Versorgung, sichert Arbeitsplätze und wirkt dem Strukturwandel am Land entgegen.

Die politischen Rahmenbedingungen sind dabei natürlich einem ständigen Wandel unterzogen. In der letzten Reform der gemeinsamen Agrarpolitik konnten wir insbesondere verstärkt auf umweltorientierte Maßnahmen setzen. Dazu zählen beispielsweise Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenqualität oder zum Erhalt der Artenvielfalt im Rahmen von Programmen zur ländlichen Entwicklung. Bei den Direkthilfen werden 30 Prozent mit ökologischen Anforderungen für eine nachhaltigere Landwirtschaft verknüpft. Für die Zukunft müssen wir uns fragen, welche Landwirtschaft gewünscht ist. Der Preisdruck ist gewaltig und die bäuerlichen Familienbetriebe können diesem „billiger und mehr“ nicht mehr Folge leisten. Mehrkosten in der Produktion, bspw. durch Gentechnikfreiheit, Produktion im Berggebiet und höheren Anforderungen im Tierwohl, müssen verstärkt abgegolten werden.

Sind österreichische Bauern durch EU-Nachbarn bzw. durch eine globalisierte Welt gefährdet? Wie können sie am Markt mithalten?

Österreichs Konkurrenzvorteil liegt ohne Zweifel im Qualitätsbereich. Diesen Weg konnten wir durch eine echte Qualitätsoffensive auch erfolg-

reich absichern. Der Schutz von geographischen Angaben und regionalen Spezialitäten wurde verstärkt. Die neue Kennzeichnung für „Produkte vom Berggebiet“ garantiert in Zukunft, dass Produkte und Produktrohstoffe aus den jeweiligen Berggebieten der Regionen kommen. Schon demnächst sollen neue Kennzeichnungen es dem Konsumenten noch leichter machen, Produkte von Direktvermarktern und lokalen Marken zu kaufen. Damit hat sich österreichische Qualität oft gegen billige Masse durchgesetzt.

Mit einer EU-Agrarpolitik, die auf Qualität statt Quantität setzt, hat sich Österreich innerhalb der Europäischen Union einen exzellenten Ruf erarbeitet und profitiert davon: Wo Österreich draufsteht, ist Qualität drin! Österreich ist mit 20 Prozent der genutzten landwirtschaftlichen Fläche nicht nur Weltmeister im biologischen Anbau, sondern konzentriert sich auf gentechnikfreie Produktion und hochwertige Erzeugnisse.

Die Gesamtexporte mit österreichischen Agrarprodukten und Lebensmitteln betragen 9,52 Milliarden Euro und machen bereits 7,6 Prozent an den Gesamtexportkosten aus. Dabei exportieren wir ungefähr 75 Prozent in andere EU-Mitgliedstaaten. Damit ist Europa nicht nur unsere politische Heimat, sondern gleichzeitig auch unser wichtigster Handelspartner!

Die EU hat in den letzten Jahren einen starken Fokus auf die Subventionierung heimischer landwirtschaftlicher Betriebe gelegt, um ihre Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt zu verbessern. Wie begegnet die EU der daraus entstehenden Thematik, dass in den Ländern des globalen Südens vermehrt günstige EU-geförderte Produkte anstatt regionaler Waren gekauft werden, insbesondere, da in der EU selbst auf regionale Produkte vermehrt Wert gelegt wird?

Regionalität und Saisonalität bedeuten nicht allein eine Förderung der heimischen Landwirtschaft, sondern sind insbesondere auch ein Dienst an die Umwelt. Wenn Lebensmittel eine höheren CO₂-Footprint haben als ein Smartphone oder ein Auto, dann läuft etwas falsch. Heimisch kaufen ist daher auf jeden Fall

auch eine ökologische und verantwortungsvolle Entscheidung. Die Ausrichtung der einzelnen EU-Mitgliedstaaten ist hier jedoch sehr unterschiedlich. Österreich zählt mich Sicherheit zu jenen Ländern, mit dem höchsten Bewusstsein für regionale Produkte.

Selbstverständlich hat die Europäische Union auch eine Verantwortung den Entwicklungsländern gegenüber. Handel mit Drittstaaten darf nicht auf den Rücken der lokalen Landwirtschaft ausgetragen werden. Die zu recht kritisierten Exporterstattungen gehören aber mittlerweile der Vergangenheit an. Wenn wir jedoch im Wettbewerb mit anderen Industrienationen stehen, wie beispielsweise den USA, dann müssen wir für unsere heimischen Betriebe gleiche Bedingungen schaffen.

Wie wird sich Ihrer Meinung nach das Freihandelsabkommen TTIP auf österreichische Bauern auswirken?

Landwirtschaftliche Erzeugnisse zählen zweifellos zu den sensibelsten Produkten im Rahmen der Verhandlungen zu einem Abkommen zwischen der Europäischen Union und den USA. Bei einem möglichen Handelsabkommen hat die europäische Landwirtschaft freilich auch offensive Prioritäten. Dazu gehören beispielsweise der Abbau von Handelshemmnissen für den Export von Milchprodukten, Bioprodukten, verarbeitetem Fleisch, Zuckerwaren, Wein und Spirituosen, Bier, Obst und Gemüse. Oder auch der erleichterte Marktzugang für kleinere und mittlere Betriebe am US-Markt. Mit dem Abbau von administrativen Handelshemmnissen wie der Verzögerung der Zollabwicklung, exzessiven Kontrollen oder kostspieligen Verfahren kann besonders den kleineren Betrieben Erleichterung geboten werden.

Am Strengeprinzip bei Nahrungsmitteln darf allerdings nicht gerüttelt werden. Es darf kein Abrücken von den europäischen Lebensmittel- und Verarbeitungsstandards - weder beim Tierwohl noch beim Umweltschutz - geben. Dasselbe gilt für die Qualität unserer Nahrungsmittel. Kein Beistrich darf an der strengen GVO-Politik der

EU geändert werden. Bedenken der Bürgerinnen und Bürger wie auch der Produzentinnen und Produzenten müssen ernst genommen werden. Daher benötigt es eine intelligente Verhandlungsstrategie, gebündelt mit einem europäischen Maßnahmenkatalog, der für die heimische Landwirtschaft faire Handelsbedingungen schafft. Eine Zustimmung zu einem fertig verhandelten Abkommen kann es nur geben, wenn es zum Vorteil Europas und somit auch der Landwirtschaft ist.

Denken Sie, dass der Beruf eines Bauern/einer Bäuerin in den letzten Jahren an Attraktivität verloren hat?

Die Lage der bäuerlichen Familienbetriebe ist aufgrund der schwierigen Marktlage und des fehlenden Kostenbewusstseins für die landwirtschaftliche Produktion schwierig und angespannt. Es liegt aber in der Natur unserer Landwirte sich mit innovativen und kreativen Geschäftsmodellen stets weiterzuentwickeln und sich an neue Gegebenheiten anzupassen. Gerade wir in Österreich haben ein extrem großes Innovationsbewusstsein. Im europäischen Vergleich hat bei uns Innovation eine große Tradition. Denken wir nur an Urlaub am Bauernhof oder die starke Direktvermarktung.

Immer mehr aktive landwirtschaftliche Betriebe bieten auch soziale Dienstleistungen an. Ich denke dabei an das ‚Green Care‘-Konzept, bei dem landwirtschaftliche Betriebe mit Sozialträgern zusammenarbeiten. Wir erleben die Überalterung der Gesellschaft. Ich glaube daher, dass es ein extrem großes Potenzial für Green Care gibt. Damit sichern wir nicht nur die landwirtschaftlichen Betriebe, sondern schaffen zusätzlich Arbeitsplätze und leisten einen wichtigen Beitrag im Pflegebereich.

Welche Erwartungen haben Sie persönlich an die SDGs und die künftige UNO-Politik in diesem Bereich?

Aktuell drängende Entwicklungsfragen fordern ein gemeinsames Vorgehen weltweit, gerade im Bereich der Armutsreduzierung und des nachhaltigen Wirtschaftswachstums. Die Sustainable Development Goals sind daher ein wichtiger und notwendiger Schritt. Diese 17 Ziele bilden ein umfangreiches und sektorübergreifendes

Programm. Als dringend nötige Anpassung der Millennium Development Goals aus dem Jahr 2000 werden in den SDG nun gesamtheitlich soziale, ökonomische sowie ökologische Aspekte in die Lösung miteinbezogen. Die früher vorherrschende Einteilung in Geber- und Nehmerstaaten ist nicht mehr zeitgemäß - eine globale Partnerschaft ist nötig, die staatliche, privatwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure gleichermaßen einbindet und verpflichtet.

Auf Ebene der Europäischen Union wird die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung intensiv diskutiert. Im Europäischen Parlament setze ich mich dafür persönlich ein, insbesondere in den drei Ausschüssen zu Umwelt, Landwirtschaft und Gleichberechtigung. Die Ziele der nachhaltigen Landwirtschaft und Ernährungssicherheit (SDG 2), Geschlechtergerechtigkeit (SDG 5), des Kampfs gegen den Klimawandel (SDG 13) sowie des Schutzes von Ökosystemen und Wäldern (SDG 15) sind hierbei von besonderer Relevanz.

Neben supranationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen und der Europäischen Union bedarf es aber auch einer Bewusstseinsbildung jedes Einzelnen. NGOs und Bottom-up-Initiativen der Bevölkerung sind hierbei eine wichtige Ergänzung der Arbeit der Regierungen und Institutionen. Ich persönlich sehe in den SDG einen Wegweiser in die nahe Zukunft des Jahres 2030. Von den Vereinten Nationen erwarte ich mir ein starkes Auftreten - insbesondere im Bereich der Kontrolle und Prüfung der Umsetzung der SDG. Bei diesen weltumfassenden Problemstellungen braucht es ein Herangehensweise ohne Wenn und Aber. Die Richtung ist also klar - den Weg müssen wir nun gemeinsam mutig beschreiten.

Was hat Österreich im Klimaschutz bereits erreicht und welche Anstrengungen sollten noch unternommen werden?

Neben dem Kyoto-Protokoll haben sich die Europäische Union und mit ihr Österreich im Zuge

ihrer eigenen Energie- und Klimapolitik bis 2020 weitere Ziele gesetzt, nämlich die Reduktion der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent im Vergleich zu 1990 und die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien wird auf 20 %. Auch die Energieeffizienz soll bis 2020 um 20 % gesteigert werden.

Wir gehen hier also mit gutem Beispiel voran. Neben den 2020-Zielen ist auch das Emissionshandelssystem ein wichtiger Faktor. Auf nationaler Ebene regelt zusätzlich das Klimaschutzgesetz die Höchstgrenzen für Emissionen, die nicht vom Emissionshandelssystem abgedeckt werden. Wir befinden uns in Österreich für 2020 also in einer guten Ausgangsposition. Für die Ziele 2030 heißt es jetzt aber dranbleiben und Stärke zeigen!

Neben dem positiven Effekt auf das Klima möchte ich auch den Multiplikatoreffekt der Klimaschutzmaßnahmen für Innovationen, Arbeitsplätze und Wachstum hervorheben. Auf diese Weise können wir in Österreich langfristigen Nutzen für alle schaffen.

Um Klimaschutz sinnvoll zu fördern, bedarf es aber einer globalen Perspektive. Die EU ist nur für insgesamt etwa 11% der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Andere große Emittenten müssen daher in Pflicht genommen werden, um einen Temperaturanstieg von über 2 Grad zu verhindern.

Ein verbindliches internationales Abkommen ist daher dringend nötig - Absichtserklärungen allein genügen nicht. Mittlerweile haben ja auch die größten Verursacher USA und China erste Maßnahmen in die richtige Richtung ergriffen. Hier müssen wir ansetzen!

Vielen Dank für das Gespräch!



Foto: Parlamentsdirektion / Wilke

Elisabeth KÖSTINGER (ÖVP) ist seit 2009 Abgeordnete zum Europäischen Parlament und Delegationsleiter-Stellvertreterin der ÖVP-Delegation. Sie ist Vizepräsidentin des Österreichischen Bauernbundes und war von 2007 bis 2012 Bundesobfrau der Österreichischen Jungbauernschaft, Bauernbundjugend.

„Förderungen sollen an ökologische Standards und tier-schutzfreundliche Erzeugermethoden gekoppelt werden.“

Bernd Hermann sprach mit der Abgeordneten zum Europäischen Parlament Karin Kadenbach über EU-Subventionen in der Landwirtschaft, das Freihandelsabkommen TTIP, die Agenda 2030 der Vereinten Nationen sowie über den Klimaschutz.

Die EU hat Anfang des Jahres die Milchquoten abgeschafft, was durch die Russland-Sanktionen und den Einbruch des chinesischen Marktes eine nicht ganz vorhersehbare Situation für EU-Bauern nachsichzog. Wie stehen Sie persönlich zum Wegfall dieser Quoten? Was bedeutet der Wegfall der Quoten konkret für österreichische Bauern bzw. wie könnte Ihrer Meinung die Zukunft aussehen?

Dem Ende der Milchquote sah ich immer besorgt entgegen. Wie sich das Quotenende über die nächsten Jahre tatsächlich auswirken wird, ist aktuell schwer zu sagen. Klar ist, dass es Maßnahmen geben muss, die die Auswirkungen auf die Milcherzeuger abfedern, um eine neue europaweite Milchkrise zu vermeiden.

Fast 90 Prozent der betroffenen Betriebe in Österreich befinden sich in benachteiligten Gebieten. Hier brauchen wir Ausgleichszahlungen zur Unterstützung und faire Preise für die heimischen Milchbauern. Insbesondere kleine Produzenten sind darauf angewiesen, dass sie nicht den Milchabnehmern und dem Einzelhandel schutzlos ausgeliefert sind. Leider endet die viel gepriesene Marktfreiheit vieler Landwirte vor ihrem eigenen Hoftor.

Für eine stabile Zukunft muss in erster Linie die Verhandlungsmacht der Erzeuger gestärkt werden. Im EU-Parlament haben wir Ende Oktober unsere Position zum EU-Haushalt 2016 verabschiedet. Milchbauern, die unter dem russischen Embargo und den niedrigen Milchpreisen leiden, sollen – wenn es nach dem Europäischen Parlament geht – insgesamt rund 500 Millionen Euro mehr an Beihilfen bekommen.

Die EU hat in den letzten Jahren starken Fokus auf die Subventionierung heimischer landwirt-



Foto: UN Photo / Manfred Perret

„Subventionspolitik im landwirtschaftlichen Sektor soll für eine faire Agrarpolitik sorgen.“

schaftlicher Betriebe gelegt, um ihre Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt zu verbessern. Wie begegnet die EU der daraus entstehenden Thematik, dass in den Ländern des globalen Südens vermehrt günstige EU-geförderte Produkte anstatt regionaler Waren gekauft werden, insbesondere, da in der EU selbst auf regionale Produkte vermehrt Wert gelegt wird?

Ich setze mich für die Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben ein, die Gefahr laufen, am EU-Binnenmarkt nicht mit den Großen konkurrieren zu können, also insbesondere Kleinbauern gilt es zu schützen. Abgesehen von der Produktvielfalt müssen auch vielfältige Produktionsmethoden gefördert werden.

Subventionen für den Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den globalen Süden lehne

ich ab. Hier habe ich mich bei den Verhandlungen zur Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik dafür eingesetzt, die handelsverzerrenden Ausfuhrsubventionen einzustellen. Das ist noch nicht gänzlich gelungen, aber zumindest sind dafür im Moment keine regulären Mittel dotiert. Die Gemeinsame Agrarpolitik darf nicht im Widerspruch zur EU-Entwicklungspolitik stehen.

Wie sollte Ihrer Meinung die Subventionspolitik der EU im landwirtschaftlichen Sektor in der Zukunft aussehen?

Subventionspolitik im landwirtschaftlichen Sektor soll vor allem für eine faire Agrarpolitik sorgen. Bei den Subventionen bedeutet das in erster Linie, dass kleinbäuerliche Produktionsstrukturen zu fördern sind. Auf keinen Fall darf

der Hauptteil der Direktzahlungen an große Industriebetriebe gehen. Förderungen sollen an ökologische Standards und tierschutzfreundliche Erzeugermethoden gekoppelt werden, ohne die vorhandenen Schlupflöcher. Am Ende geht es schließlich um qualitativ hochwertige Erzeugnisse, die auch den Ansprüchen der Konsumenten gerecht werden müssen.

Wie wird sich Ihrer Meinung nach das Freihandelsabkommen TTIP auf österreichische Unternehmen auswirken?

Ich sehe TTIP sehr kritisch! Nach allen bisherigen Informationen, die ich habe, würde ich TTIP ablehnen. Einerseits, weil nicht davon auszugehen ist, dass sich dieses Abkommen positiv auf unsere hohen Standards auswirkt. Im Gegenteil besteht die Sorge, dass der Vertrag gute EU-Standards im Umweltbereich, bei Lebensmitteln, im Gesundheitsbereich und bei den Arbeitnehmerrechten bedroht. Und andererseits warne ich ausdrücklich davor, rechtstaatliche und demokratische Prinzipien unter dem Dogma des Freihandels zu opfern – Stichwort Schiedsgerichte.

Ich kann mir vorstellen, dass sich einige österreichische Unternehmen in der Exportbranche mehr Profite durch TTIP versprechen. Aber der Druck auf unseren Markt durch billige US-Produkte wird wachsen und heimische Unternehmen werden mit enormen Problemen konfrontiert sein.

Gegner von TTIP kritisieren, dass es im Geheimen ausverhandelt werde, wenig transparent sei und von Lobbyisten geschrieben würde. Wie stehen Sie dazu?

Ich sehe das sehr ähnlich. Transparenz war zu Beginn der Verhandlungen kaum vorhanden. Je mehr aber bekannt wurde, desto breiter wurde das Thema in der Öffentlichkeit diskutiert. Wir EU-Abgeordnete fordern transparente Verhandlungen sowie den Zugang zu Dokumenten und

Informationen zu TTIP und allen anderen Freihandelsabkommen ein.

Der bisher aufgebaute Druck, auch von NGOs und der Zivilgesellschaft, zeigt bereits Wirkung. Handelskommissarin Malmström bewegt sich in einigen Punkten. Sie hat eine Transparenzinitiative gestartet und ermöglicht den EU-Abgeordneten künftig leichteren Zugang zu Daten. Am Ende wird das EU-Parlament über TTIP abstimmen. Und eines ist klar: Ich bin im EU-Parlament, um die BürgerInnen zu vertreten - nicht Konzerne und ihre Lobbyisten.

Die UNO hat unlängst die Sustainable Development Goals (SDGs) beschlossen. Welche Erwartungen haben Sie persönlich an die SDGs und die künftige UNO-Politik in diesem Bereich?

Die Erwartungen meinerseits sind hoch. Die ehrgeizigen Ziele dieser UN-Agenda sollen immerhin sicherstellen, dass alle Akteure für globale Herausforderungen gemeinsam Verantwortung übernehmen. Es ist gut, dass diese Nachfolgestrategie der Millenniumsziele den Aspekt der Nachhaltigkeit beinhaltet und die Art und Weise, mit der wir produzieren und konsumieren, mehr berücksichtigt. Dieser ganzheitliche Zugang zur Beseitigung von Armut und zu den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimensionen von nachhaltiger Entwicklung ist wichtig.

Was hat Österreich im Klimaschutz bereits erreicht und welche Anstrengungen sollten noch unternommen werden?

Die Österreichische Bundesregierung hat gemeinsam mit den Bundesländern eine nationale Klimastrategie angenommen, um die Vorgaben zur Senkung der Treibhausgasemissionen gemäß dem Kyoto-Protokoll zu erreichen. Die Evaluierungen dieser Strategie zeigten im Laufe der Jahre, dass in Österreich verstärkte Anstrengungen notwendig sind, um im Rahmen des nationalen Klimaschutzgesetzes zu handeln.

Es gibt in Österreich in den Bereichen Wohnen, Bauen, Energieversorgung oder Mobilität viele Initiativen und Maßnahmen, um den Klimaschutz voranzutreiben, aber Raum nach oben ist immer. Österreich ist beispielsweise ein europäischer Vorreiter im Waldschutz. Es ist wichtig diesen Schatz an Bioressourcen zu wahren und ihn auch für die Ziele des Klimaschutzes sinnvoll zu nützen.

Vielen Dank für das Gespräch!



Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG - Mike Ranz

Karin KADENBACH (SPÖ) ist seit 2009 Abgeordnete zum Europäischen Parlament. Davor war sie Landesrätin für Gesundheit und Naturschutz sowie Abgeordnete zum Landtag in Niederösterreich.

Europa und die Europäische Union bleiben auch 2016 eines der meistdiskutierten und kontroversesten Themen.

Christoph Aufreiter sprach mit den beiden Abgeordneten zum Nationalrat und Sprecher für Außenpolitik Tanja Windbüchler-Souschill (Grüne) und Dr. Johannes Hübner (FPÖ) über die Zukunft der EU, den Schengenraum und neue Herausforderungen für Europa.

Die EU versteht sich unter anderem als Solidargemeinschaft. Die geplante Umverteilung von 160.000 Flüchtlingen läuft allerdings nur schleppend an. Nach drei Monaten wurden gerade einmal 200 Asylwerber verteilt und in Polen wurde die Abmachung Menschen aufzunehmen, um die Hauptlastträger zu entlasten, wieder zurückgezogen. Ist die EU eine Schönwettergemeinschaft?

Windbüchler: Nein, aber es braucht den Willen, ein gemeinsames Vorgehen gestalten zu wollen, und das passiert gerade nicht. Dabei wäre es notwendig, ein harmonisiertes Asylsystem für ganz Europa zu haben, wo auch die gleichen Standards und Richtlinien gelten, und es wäre notwendig, die viel diskutierten Hotspots in den Ankunftsändern am Mittelmeer auch wirklich umzusetzen. Es braucht auch einen Schulterchluss zwischen den einzelnen Ländern, was dann auch Solidarität bedeutet in Zeiten von Krisen und in Zeiten von Kriegen. Wenn sich Flüchtlinge aus den unterschiedlichsten Gründen auf die Flucht machen müssen, dann hat Europa auch einen Beitrag zu leisten, da sich die Europäische Union nicht nur als Solidargemeinschaft, sondern auch als Menschenrechtseinrichtung versteht. Ich finde nicht, dass Europa ein Schönwetterthema ist. Ganz im Gegenteil, ich möchte mehr Europa und dazu braucht es einen Schulterchluss zwischen den Ländern.

Hübner: Was die Kollegin gesagt hat, ist natürlich politisch korrekt und die Art von Statement, mit dem man einen Gastkommentar im Falter eröffnet. Diese Meinung wird aber von mir nicht geteilt. Eine Schönwettergemeinschaft ist die EU allerdings tatsächlich nicht, dafür ist das Regelwerk viel zu dicht. Es ist aber eine Gemeinschaft, die noch nicht in der Lage ist, sich über den Willen aller Länder hinwegzusetzen. Es gibt noch Widerstands- und Notwehrmöglichkeiten

der einzelnen Staaten, sich gegen Dinge, wie die Zwangseinwanderung außereuropäischer Bevölkerungsgruppen, zur Wehr zu setzen. Das Fassen eines Mehrheitsbeschlusses wäre zwar theoretisch bereits möglich, ist faktisch aber noch unwahrscheinlich. Das würde die EU wohl sprengen, beziehungsweise zu einer massiven Austrittswelle von mindestens fünf Staaten führen.

Vor kurzem wurden die Beitrittsverhandlungen mit Serbien eröffnet, welches nach eigener Aussage bis 2019 Mitglied der Union sein will. Sollte dieser Staat ein Teil der Europäischen Union werden?

Hübner: Serbien sollte langfristig sicher Teil der Union werden. Nachdem wir Rumänien und Bulgarien aufgenommen haben, gibt es eigentlich keinen vernünftigen Grund, Serbien diesen Status nicht zu geben. Günstig ist es für die europäische Gemeinschaft und deren Überlebensfähigkeit sicher nicht, neue Balkanländer aufzunehmen, aber es ist praktisch unvermeidlich geworden. Mit den Standards, mit denen man nun verhandelt, hätte Bulgarien niemals aufgenommen werden dürfen.

Windbüchler: Ich bin prinzipiell für aktive Nachbarschaftspolitik und für Beitrittsverhandlungen, was den Beitritt und die Integration dieser Länder in die EU anbelangt. Ich glaube, dass die Europäische Union, als das, was sie sein soll, tatsächlich für den gesamten Kontinent Frieden und Stabilität bringen wird. Die Beitrittsverhandlungen mit Serbien sind wichtig und unumgänglich, und ich mache mir wenig Sorgen, dass dieser Staat die Kriterien nicht erfüllen wird.

Schade ist, dass über Bosnien-Herzegowina weniger geredet wird. Gerade in Hinblick auf die drei verschiedenen Entitäten könnte das, was

sich mittlerweile vielleicht wieder verhärtet hat, durch die Union aufgelöst werden. Nach Kriegen wäre es hier notwendig, genauer hinzuschauen und auch Bosnien eine Chance zu geben, Teil der europäischen Staatengemeinschaft zu werden. Zum Thema, wo die Grenzen Europas liegen.

Hübner: Bosnien ist ein gutes Beispiel für die Abgehobenheit der europäischen und amerikanischen Politik. Der Staat wurde nach dem jugoslawischen Bürgerkrieg gegen den Willen eines Großteils der Bevölkerung zwangsgeschaffen. Vor allem der serbische Teil – und das ist ein Drittel der Bevölkerung – lehnt den Staat überwiegend ab, beteiligt sich nicht an den Bundesinstitutionen und versucht möglichst, wie ein selbstständiger Staat zu funktionieren.

Dadurch ist Bosnien auch gelähmt und trotz der Milliarden, welche die EU hier versenkt hat, gibt es keine wirtschaftliche Entwicklung und keinen Fortschritt des Landes. Bosnien ist – ex equo mit dem Kosovo – das ärmste Land in Europa und die Lösung der Probleme sind ferner denn je. Die ideologische Vorstellung, dass da ein multireligiöser und multiethnischer Staat geschaffen werden muss, wurde über die Zukunftsperspektiven dieses Gebildes gestellt. Es wären drei Volksabstimmungen – eine für jede Entität – abzuhalten, in der entschieden wird, ob man in diesem Land verbleiben oder sich einer anderen Nation anschließen will.

In Artikel 49 des Vertrages über die Europäische Union sind Kriterien für einen Beitritt festgelegt: Der Beitrittskandidat muss ein europäischer Staat sein und die gemeinsamen Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit respektieren. Wäre laut diesem Vertrag, Ihrer Meinung nach, ein Beitritt der Türkei, welcher ja wieder in Aussicht

gestellt wird, überhaupt möglich und wo liegen die Grenzen Europas?

Windbüchler: Als Grüne denke ich ungerne in Grenzen. Ich finde es wichtig, dass mit der Türkei Gespräche geführt werden und der Minderheitenschutz mit der EU besprochen wird, was aber noch lange nicht heißt, dass ein Beitrittsstatus in naher Zukunft gegeben ist. Viele Kurden und NGOs, mit denen ich gesprochen habe, bitten Europa, diese Gespräche nicht abubrechen, weil sie diese für sich als Unterstützung sehen. Wenn der Regierungsapparat tatsächlich Krieg gegen die Kurden führt, muss die Europäische Union hier stärker reagieren und nicht zusehen. Gegenwärtig ist ein Beitritt nicht möglich.

Hübner: Ein Beitritt ist sicher nicht möglich, da die Türkei kulturell gesehen kein europäischer Staat ist. Es stimmt schon, dass die Beitrittskarotte ein Anstoß zur Demokratisierung sein kann. Man darf ja auch nicht vergessen, dass Erdogan den sogenannten „Tiefen Staat“, also die Herrschaftsstruktur des Militärs, mit dem Argument zerschlagen hat, dass man demokratische Verhältnisse herstellen muss, um sich der Europäischen Union zu nähern.

Elf Jahre nach dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien werden noch immer die Bekämpfungsmaßnahmen von Korruption und organisierter Kriminalität in beiden Staaten kritisiert. War der Beitritt dieser Länder zu vorschnell?

Hübner: Gar keine Frage. Es wurde hier weder kontrolliert, ob es eine ordentliche Verwaltung und Rechtspflege gibt, noch ob man sich Urteile erkaufen kann. Was aber nicht heißen soll, dass dies in allen älteren EU-Mitgliedstaaten der Fall wäre. Auch in Süditalien gibt es Regionen ohne funktionierendes Verwaltungssystem.

Windbüchler: Ich maße es mir nicht an, darüber zu urteilen, ob der Beitritt nun zu früh oder zu spät erfolgte. Es gibt aber in Europa ein großes Armutsgefälle. Die Europäische Union wäre hier auch gefordert, diesem mehr entgegenzuwirken.



Wäre ein Schengenbeitritt dieser beiden Staaten in den nächsten Jahren eine Option bzw. wünschenswert?

Windbüchler: Für die Grünen nicht, nein.

Hübner: Das wäre auch für die FPÖ keine Option.

Gibt es angesichts der gegenwärtigen Lage, gerade auch rund um die Flüchtlingskrise, überhaupt eine Zukunft für Schengen und wenn ja, wie soll diese aussehen?

Hübner: Es gäbe eine Zukunft für Schengen, weil ich der Meinung bin, dass Staaten, die einigermaßen gleichartig funktionieren, ohne Grenzen existieren können. Ein Schengensystem zwischen den Benelux-Ländern, Skandinavien, Deutschland, Österreich, Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn würde funktionieren und wäre nachhaltig. Je weiter aber das Schengensystem darüber hinaus ausgebaut wird, desto instabiler wird es.

Windbüchler: Die Frage ist: Wenn Flüchtlinge nach Europa kommen, soll es dann eine Form der Registrierung geben, sollen sie abgehalten werden oder soll es erst gar nicht einen Weg nach Europa geben? Ich Sachen Schengen muss man auch den neuen Kontext bewerten und feststellen, was es braucht, und wie Europa damit umgehen kann. Man muss jetzt abwarten und sich das System ganz neu anschauen.

Die EU hat im Dezember ihren Vorschlag zum besseren Schutz der Außengrenzen präsent.

tiert. Demnach soll die Union auch gegen den Willen der betroffenen Staaten deren Grenzen schützen dürfen. Sollten betroffene Nationen, im Notfall auch gegen deren Willen, fremde Grenzschützer akzeptieren?

Hübner: Sicher nicht. Vor allem nicht, wenn das in Form einer Behörde wie Frontex passiert, die ja die Hauptverantwortung an der jetzigen Katastrophe trägt. Frontex hat alles in ihrer Macht Stehende getan, um einen geregelten Zugang niederzureißen und einen ungezügelten Massenansturm zu ermöglichen. Es hat niemand mehr Schlepperwerbung gemacht als die Europäische Union, wenn man bedenkt, dass die Kriegsschiffe der EU-Staaten mittlerweile schon 20 km vor der libyschen Küste die Menschen an Bord holen und auf unsere Kosten in den Schengenraum holen.

Hier wurde alles unterlassen, um zu einem Abschiebungssystem zurückkehren zu können. Ganz im Gegenteil, die Union hat die Masseneinwanderung über Griechenland mitorganisiert und zahlt Millionenbeträge, um die griechischen Fährkosten abzudecken. Griechenland hat pro Kopf gesehen eines der größten Militärs der Welt. Es wäre nichts anderes nötig, als zu sagen: Ihr habt die EU-Vorschriften zu befolgen und die Grenzen zu schließen.

Windbüchler: Frontex ist nicht „Mare Nostrum“. Diese war tatsächlich ein Programm, das versucht hat, Menschen in Seenot gut und sicher an Land zu bringen.

-->

Hübner: Nicht an Land, nach Europa.

Windbüchler: Nach Italien in erster Linie. Und wenn jemand in Seenot gerät, ist es auch die Aufgabe der Küstenwache, diese Menschen zu retten. Es ist jetzt auch in Aussicht gestellt, dass sich Österreich an der neuen Mittelmeeraktion „Sophia“ beteiligt, bei der es darum gehen wird, Schlepperboote ausfindig zu machen und zu zerstören. Das ist Augenauswischerei. Es werden dadurch nicht weniger Flüchtlinge über das Meer kommen. Schlepper werden dadurch auch nicht mehr gefasst werden, weil sich diese nicht in Flüchtlingsboote setzen. Das ist reine Symbolpolitik. Der beste Grenzschutz wäre eine Unterstützung vor Ort.

Immer wieder wird verlangt, das Europäische Parlament aufzuwerten, und gleichzeitig wehren sich die Staaten dagegen, Kompetenzen an Brüssel abzugeben. Welche Linie vertreten Sie in dieser Hinsicht?

Windbüchler: Ich bin für mehr Europa. Gerade in Anbetracht der gegenwärtigen Lage. Wenn wir in Europa kein harmonisiertes Asylsystem zustande bekommen, wird es tatsächlich schwer werden, mit den Flüchtlingen und vielen Neuankommenden langfristig zurechtzukommen. Es wäre schade, das Potential, welches die Zusammenarbeit auch bringt, ungenutzt zu lassen.

Hübner: Da muss ich widersprechen. Eine Aufwertung des Europäischen Parlaments wäre ganz klar eine Abwertung der europäischen Demokratie, weil jede Zentralisierung der Entscheidungskompetenzen ein Abbau an dieser ist. Die Übertragung der Kompetenzen nach Brüssel würde die Bevölkerungsmeinung bis zur Unkenntlichkeit verdünnen. Die Abgeordneten dort verlieren völlig den Zusammenhalt mit ihren Entsendeländern und arbeiten als Organ der Europäischen Union an der Demontage der Nationalstaaten. Je weiter man von der eigenen Bevölkerung entfernt ist, desto weniger wird man in deren Interesse handeln. Mein Vorschlag wäre es, dieses Organ durch eine Delegiertenversammlung der nationalen Parlamente zu ersetzen.

Herr Hübner, Sie waren im März 2014 auf Einladung der „Eurasian Observatory for Democracy and Elections“, der immer wieder Russlandnähe nachgesagt wird, unabhängiger Wahlbeobachter auf der Krim und gelten allgemein als großer Russland-Freund. Sollte sich Österreich eher weg von Brüssel, hin zu Moskau begeben?

Hübner: Das will ich so nicht beantworten. Aber ich kann sagen, dass sich die EU weg von der amerikanischen Umklammerung, wieder zurück nach Europa wenden und einen Ausgleich zu Russland und Amerika pflegen sollte. Die jetzige Politik, die den Interessen der Amerikaner nachfolgt und in einem neuen Kalten Krieg zu münden droht, ist sicher verfehlt.

Frau Windbüchler, wie sollte sich die Europäische Union gegenüber Russland in der gegenwärtigen Situation verhalten?

Windbüchler: Die völkerrechtlich nicht anerkannte Annexion der Krim hat natürlich Spuren hinterlassen und brauchte Maßnahmen. Wirtschaftssanktionen sind eine Form davon und eine Verlängerung dieser würde ich sehr begrüßen. Was mir Sorge bereitet, ist die Aufrüstung der NATO und die Militarisierung innerhalb Europas, die sicher auch diesem Konflikt geschuldet sind. Als pragmatische Demokratin würde ich es sehr begrüßen, wenn, abseits Syriens und des Terrors, wieder Gespräche mit Russland beginnen würden, um zu besprechen, wie eine Partnerschaft mit Russland ablaufen und funk-

tionieren kann. Aber Russland muss sich dafür auch bewegen.

Hübner: Ich halte Sanktionen für sehr problematisch, weil sie nicht die Regierenden, sondern die Zivilbevölkerung treffen. Was man unter diesem Titel in den letzten 30 Jahren aufgeführt hat, ist sehr bedauerlich. Denken Sie an die zehnjährige Ausblutung des Iraks, in der hundertausende Menschen aus Medikamentenmangel gestorben sind und sich die Säuglingssterblichkeit verdreifacht hat.

Wo sehen Sie die Europäische Union in 10 Jahren?

Hübner: Ich glaube, dass der Zenit der Zentralisierung erreicht ist. Eine Fortsetzung dieser, dürfte vor allem dank des Widerstandes der neuen Mitgliedstaaten im Osten kaum mehr durchsetzbar sein. Die Union wird in zehn Jahren noch bestehen, aber mit tendenziellen reduzierten Kompetenzen und einem nicht mehr wachsenden Budget.

Windbüchler: Die Europäische Union wird die Herausforderungen der nächsten Jahre annehmen und gestärkt aus der Situation hervorgehen. Wenn die Europäische Union sich nicht stärkt und die Mitgliedstaaten einig werden, werden einige Problemfelder nicht mehr lösbar sein. Einzelstaaten alleine können nicht mehr alle Probleme bewältigen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Foto: Parlamentsdirektion / Photo Simons



Dr. Johannes HÜBNER (FPÖ) ist Abgeordneter zum Nationalrat und Außenpolitischer Sprecher der FPÖ. Der studierte Jurist war davor Bezirksrat in Wien, Mitglied des ORF-Stiftungsrates und als Rechtsanwalt tätig.

Tanja WINDBÜCHLER-SOUSCHILL (GRÜNE) ist Abgeordnete zum Nationalrat und Außenpolitische Sprecherin der GRÜNEN. Die diplomierte Sozialarbeiterin ist auch Gemeinderätin in Wiener Neustadt. Zuvor war sie u.a. bei der „Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie“ und dem Verein „Wiener Frauenhäuser“.



Foto: Parlamentsdirektion / Photo Simons

„Nordkorea könnte es gelingen, zum neuen asiatischen Tigerstaat zu werden“

Nico Büttner sprach mit dem Nordkorea-Experten Prof. Dr. Rüdiger Frank über Nordkoreas historische Ausgangslage, die Stabilität und Legitimierung des Kim-Systems, das Atomwaffenprogramm, aktuelle Entwicklungen unter Kim Jong-Un sowie über mögliche Wiedervereinigungsszenarien. (Das Interview wurde bereits Anfang 2015 geführt.)

Herr Prof. Frank, in Ihrem jüngst erschienen Buch erklären Sie, dass Ihr Interesse zuerst eher dem wirtschaftlich dynamischen Südkorea galt. Warum hat sich Ihr Interessenschwerpunkt verlagert?

Das verlief ganz klar nachfragegesteuert. Als ich 1991 das erste Mal in Nordkorea war, war ich mir relativ sicher, dass es das Land nicht mehr lange macht. Alle Faktoren sprachen dafür, ebenfalls die historische Erfahrung. Das war die Zeit, als die sozialistischen Dominosteine fielen. Die nordkoreanische Wirtschaft, die ich vor Ort erlebt hatte, war in einem Zustand, der schlechter nicht hätte sein können – jedenfalls aus meinem damaligen Vergleich mit der DDR und der Sowjetunion heraus. Deswegen hielt ich es für wenig sinnvoll, sich mit diesem Land länger zu beschäftigen.

Das hat sich in dem Maße geändert, wie sich Nordkorea weigerte zu kollabieren. Es existiert noch, obwohl 1994 sogar der Staatsgründer und Führer gestorben war. Wenn man sich das

verdeutlicht: Das ist ein Mann, der seit 1948 wesentlich die Geschicke Nordkoreas bestimmt hat und auch die meiste Zeit der unangefochtene Führer des Landes war. Kim Il-Sung war im Wesentlichen Nordkorea. Viele Leute, darunter auch nordkoreanische Kader, hatten angenommen: Wenn er stirbt, stirbt auch dieses System. Das ist nicht passiert.

Dann hat es das Land knapp geschafft, eine Hungersnot offensichtlich sehr großer Dimensionen zu überstehen. In Reaktion darauf, fingen die Nordkoreaner plötzlich an etwas zu tun, das in Richtung einer Reform lief. Besonders auffällig wurde es 2002. Das hat mich damals sehr fasziniert.

Wie wurden der Mauerfall und der anschließende Zusammenbruch der UdSSR in Nordkorea wahrgenommen?

Nordkorea ist ein Land, in das Informationen von außen nur auf dem Wege der Staatsmedien oder durch Gerüchte hineinkommen. Als die Ereignis-

se von 1989/90 und der Zusammenbruch der UdSSR 1991 stattfanden, gab es auch noch kein Internet, keine USB-Sticks oder die DVD. Das Transportieren von Medien war schwierig. Das ist heute dank China ganz anders, aber damals wussten die Menschen nicht viel über die Vorgänge im Ostblock. Gerüchte kamen meist über Mund-zu-Mund-Propaganda.

Laut offizieller nordkoreanischer Fassung hat sich in den europäischen Transformationsstaaten die Konterrevolution durchgesetzt. Das hat man dann gleich als Ansporn gewertet, noch mehr in die eigene ideologische Arbeit zu intensivieren. Gleichzeitig hat man mit einer gewissen Genugtuung eine späte Rechtfertigung der eigenen Politik gesehen. Nordkorea ist seit den späten 1950er Jahren von den anderen sozialistischen Ländern, speziell des sowjetisch-dominierten Ostblocks, sehr heftig dafür kritisiert worden, dass man sich nicht in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe eingebracht und die Verteidigung nicht im Rahmen des Warschauer Vertrages organisiert hat. Ich glaube, der Kollaps des Ostblocks war auch so etwas wie eine späte Genugtuung für viele nordkoreanische Offizielle, die in diese Diskussion verwickelt waren.

Eine gewisse Unsicherheit über die Lage hat es sicherlich gegeben. Als ich dort 1991/92 als Student war, habe ich mit einer Währung, die nur sozialistische Ausländer haben durften, ein Zugticket von Pjöngjang nach Peking gekauft. Das Geld hatte ich mir vorher von Chinesen getauscht. Als ich damit dann mein Ticket bezahlte, wurde ich gefragt, warum ich als kapitalistischer Deutscher die Sozialistenwährung hätte. Dann habe ich dem Beamten aber meinen DDR-Reisepass vorgelegt, der noch 5 Jahre nach der Wiedervereinigung gültig war, und gesagt, dass ich doch aus Ostdeutschland sei. Er hat ein bisschen überlegt, „ach so“ gesagt und mir dann das Ticket verkauft. Er hat mir mein Argument nicht



Die Zahl der Mobiltelefone im Land steigt. Sie sind eines der Statussymbole der wachsenden Mittelschicht.

so hundertprozentig abgekauft, war sich aber wohl auch nicht gänzlich sicher, was da denn jetzt gewesen ist. Ehe er einen großen Aufstand macht, lässt er es eben durchgehen.

Westliche Politiker und selbsternannte Experten geben bzgl. Nordkorea regelmäßig Endzeitprognosen ab. Halten Sie diese für konsistent?

Ganz dumm ist das nicht, denn falsche Prognosen werden nicht bestraft, richtige aber belohnt. Da kann man nichts verlieren. Auch eine kaputte Uhr zeigt zwei Mal am Tag die richtige Zeit an. Hinzu kommt, dass schon etwas Rationales an diesen Untergangprognosen dran ist, denn Fakt ist, dass ein System wie das nordkoreanische in seiner jetzigen Form sicherlich nicht dauerhaft existieren kann. Jetzt ist natürlich die Frage: Was heißt „nicht dauerhaft“? Das könnte durchaus morgen zu Ende sein und wenn ich morgen sage, meine ich morgen. Ich habe aus meiner DDR-Erfahrung gelernt, dass man sich von einer nach Außen scheinbaren Stärke nicht täuschen lassen sollte. Dinge können manchmal ganz schnell gehen. Das jetzige System könnte aber auch noch zwanzig Jahre weiter existieren. Sicher ist da auch der Wunsch Vater des Gedankens, aber am wahrscheinlichsten scheint mir die graduelle Transformation.

Ich glaube nämlich nicht, dass Nordkorea ohne Reformen auf Dauer auskommen wird, unter anderem weil sich inzwischen der Vertrag zwischen Führung und Bevölkerung geändert hat. Kim Jong-Un hat klargemacht, dass seine Legitimität als Herrscher davon abhängt, ob es ihm gelingen wird, die Lebensumstände der Menschen zu verbessern. Im Prinzip sind wir da bei Honecker, der in den 70er Jahren ähnlich argumentiert und es damals „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ genannt hat. Die DDR-Führung hatte eine Art, Dinge so zu formulieren, dass man sie im normalen Deutsch nicht mehr versteht. Aber gemeint war: „Unter mir geht’s Euch besser.“ Dafür war Honecker bereit, sehr weit zu gehen, bis hin zur Verschuldung und dem Verkauf von politischen Gefangenen an den Westen gegen Devisen. Geholfen hat auch das nichts, im Gegenteil. Am Ende war die DDR fast bankrott und die Führung hatte ihre Legitimität verloren. Kim Jong-Un hat sich 2012 auf einen ähnlichen Weg begeben. Wenn er nicht will, dass die Reise auch so endet, muss er etwas tun.

Im Westen gilt Nordkorea als einer der skurrilsten Staaten der Welt. Gerade die gottgleiche Verherrlichung der Kim-Familie, die einzige kommunistische Erbdiktatur weltweit, wird in westlichen Medien gerne aufgegriffen. Wie

lässt sich das Zustandekommen dieser Dynastie erklären?

Zunächst ist nirgendwo festgeschrieben, dass es eine Erbdiktatur sein soll, es scheint aber tatsächlich darauf hinauszuweisen. Die allgemeine Legitimität der Familie Kim beruht ganz massiv auf den tatsächlichen oder vorgeblichen Leistungen des Staatsgründers Kim Il-Sung, die da sind: Das Land von den Japanern befreit und es erfolgreich gegen einen Überfall der Amerikaner im Koreakrieg verteidigt zu haben. Das ist die offizielle Linie. Damit hat er im Prinzip gleich zwei Mal Korea gerettet. Dementsprechend ist seine Legitimität über allem erhaben. Kim Jong-Il, sein ältester Sohn, der zwei Jahrzehnte lang als Kim Il-Sungs rechte Hand in den Medien dargestellt worden ist, bezog seine Legitimität von Kim Il-Sung selbst, war also auch relativ unangreifbar.

Bei Kim Jong-Un ist es ein bisschen schwieriger, da er ja „nur“ der Enkel ist, und noch dazu „nur“ der jüngste Sohn von Kim Jong-il. Er verspricht höheren Wohlstand, führt aber im Prinzip auch die Sache von Vater und Großvater fort. Es geht, wie gesagt, immer um die Verteidigung der Unabhängigkeit der koreanischen Nation, wobei die Nordkoreaner auf zwei Dinge hinweisen: Einerseits auf die Tatsache, dass das Land aufgrund der Einwirkung ausländischer Mächte geteilt ist, was man als große Ungerechtigkeit ansieht. Andererseits weist man darauf hin, dass der Süden fremdländisch durch die Amerikaner besetzt sei und dass sich die Südkoreaner ihr offensichtlich höheres Lebensniveau dadurch erkaufte hätten, indem sie ihre Ehre den Amerikanern zu Füßen gelegt hätten. So wird das in Nordkorea propagiert. Eine offene Unterhaltung über solche Themen ist kaum möglich, aber es ist davon auszugehen, dass derzeit die meisten Menschen daran glauben.

Nordkoreas letzter Kernwaffentest fand im Februar 2013 statt. Warum will Pjöngjang die Bombe?

Das hat mehrere Gründe. Da ist einerseits der außenpolitische Aspekt, dass man damit international für sehr große Aufmerksamkeit sorgt. Auch dieses Interview gäbe es ohne die

Foto: Rüdiger Frank



Die Zeiten, wo Nordkoreas Straßen leer und nur von einigen importierten Autos befahren wurden, sind vorbei. Im Land werden in einem Joint Venture moderne Autos, darunter auch SUVs, der Marke Peace Motors produziert. In der Hauptstadt gibt es gelegentlich sogar Staus.

Bombe vermutlich nicht. Der zweite Aspekt ist die militärische Sicherheit. Atomwaffen sind zerstörerisch mit hohem Abschreckungspotential. Das macht sie tragischerweise gerade für kleine Länder attraktiv, die im konventionellen Bereich mit den Großen kaum mithalten können.

Ich sehe im Augenblick allerdings keinen Grund zur Annahme, dass Nordkorea gedenkt, diese Waffen tatsächlich offensiv einzusetzen. Das wäre Selbstmord. Doch aufgeben wird man sie auch nicht. Denn es gibt noch einen dritten Grund für Nordkoreas Bestreben, eine Atommacht zu sein. Was hat die Führung ihrer Bevölkerung an Erfolgen zu präsentieren? Das Land hat es geschafft, als eines der wenigen in der Welt, ein Atomprogramm zu haben. Das ist einer der sonst eher selten greifbaren Erfolge der letzten Jahre.

Hinzu kommt viertens, dass das Atomprogramm das Land auch dem Süden gegenüber ideologisch massiv stärkt. Südkorea ist wirtschaftlich deutlich erfolgreicher, hat aber eben keine Atomwaffen, obwohl man es zweimal versucht hat. Die Amerikaner haben es gemerkt und den Südkoreanern sofort auf die Finger geklopft.

Hinzukommt, dass Korea insgesamt sehr nationalistisch ist. Man diskutiert in beiden Koreas recht offen, dass sich ein vereinigtes Korea seinen Platz in Ostasien zwischen dem riesigen China und dem starken Japan erkämpfen und behaupten müssen. Es gibt Menschen in Südkorea, die mir gegenüber darüber gesprochen haben, wie hilfreich doch Atomwaffen für ein vereinigtes Korea wären, um seine Neutralität und Unabhängigkeit zu sichern.

Der neue starke Mann in Nordkorea scheint seit 2011 Kim Jong-Un, der Sohn des vorigen „Großen Führers“, zu sein. Was wissen wir über ihn und seine Ziele?

Er ist offensichtlich kein langweiliger Verwaltungsbeamter, sondern jemand, der eher gestalten möchte und dazu auch mal das Risiko wählt. Er hat relativ frühzeitig eigene Akzente in der Politik gesetzt sowie Dinge gemacht, die man als ungewöhnlich bezeichnen kann. Dazu zählt z.B.

die Vorstellung seiner Ehefrau als First-Lady (was es in Nordkorea bis jetzt nicht gab) oder die Einladung des amerikanischen Basketballspielers Denis Rodman sowie dessen Vorführen in den Medien. Ich denke nicht, dass Letzteres primär einem tieferen Zweck diene, sondern dass Kim Jong-Un Rodman einfach einladen wollte. Trotzdem hat sich Kim Jong-Un damit zweifellos über in der Führungsspitze vorhandene Bedenken hinweggesetzt. Er ist offenbar ein Mann, der es genießt, zu führen. Das macht ihn gefährlich, er könnte aber auch zu Handlungen in der Lage sein, die sich positiv auf das Land auswirken, wie z.B. der Versuch, eine chinesisch-artige Reform in Nordkorea zu wagen.

Ein Problem für ihn dürfte sein, dass er weitaus weniger auf die von Kim Il-Sung ausgehende Legitimität zurückgreifen kann, als es seinem Vater möglich war. Die Verbindung ist nicht so eng. Kim Jong-Il wiederum ist ihm zwar näher, als Ikone ist er aber längst nicht so strahlkräftig wie Kim Il-Sung. Kim Jong-Un versucht das Problem ideologisch durch eine Verschmelzung seiner beiden Vorgänger zu einer Person zu lösen. Das betrifft sowohl die ikonographische Darstellung, Statuen und Bilder, als auch die Verwendung von Begriffen. Was früher Kim-Il-Sungismus war, ist jetzt Kim-Il-Sungismus-Kim-Jong-Ilismus. Das klingt auch im Koreanischen ein wenig holperig.

Sie bereisen das Land seit über 20 Jahren regelmäßig. Lassen sich wirtschaftliche und politische Fortschritte beobachten oder herrscht Stagnation?

Das Land, das ich 1991 gesehen habe, ist kaum mehr vergleichbar mit dem Land, in das ich vor drei Wochen das letzte Mal gereist bin. Das bezieht sich sowohl auf Äußerlichkeiten als auch auf das Funktionieren der Gesellschaft im Inneren. Als ich 1991 dort war, war das eine extreme nordkoreanische Form des Sozialismus. Geld hat so gut wie keine Rolle mehr gespielt. Alles, was Sie besitzen wollten, mussten Sie über Kontakte zum Staat organisieren. Wenn Sie ambitioniert waren, gab es im Prinzip nur den Weg der Maximierung des politischen Kapitals.

Vor ungefähr 15 Jahren hat eine Remonetari-

sierung stattgefunden. Heute gibt es alternative Möglichkeiten, um Ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Sie können zwar weiterhin ihr politisches Kapital maximieren, denn Nordkorea ist nach wie vor eine Diktatur mit einer sozialistischen Bürokratie, in der man sich nach oben dienen kann, wenn man das unbedingt möchte, aber es gibt Alternativen. Sie können heute auf ökonomische Art Geld verdienen, z.B. auf dem Weg des Handels, durch Korruption, durch besonders herausragende Leistungen oder Kreativität. Das öffnet den Menschen ganz andere Möglichkeiten. Wenn Sie durch das Land fahren, sehen Sie nicht nur in der Hauptstadt einen neuen Mittelstand, der sich herausgebildet hat. Den gab es früher nicht.

Inwiefern kann man auch mit Kreativität vorankommen?

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen: Ich war in einem Geschäft, über dessen Eingang groß auf Koreanisch „Souvenirs“ stand. Es war also ein Souvenirgeschäft, ganz offensichtlich für Touristen. An der Tür hing ein handgeschriebenes Poster mit der Aufschrift: „Neue Kühlschränke eingetroffen“. Natürlich werden dort keine Kühlschränke als Souvenirs an Touristen verkauft. Stattdessen hat man festgestellt, dass Kühlschränke benötigt werden, während die Souvenirs nicht so gut zu laufen scheinen. Folglich hat man Kühlschränke besorgt und verkauft diese nun. Das wird offenbar auch vom Staat zugelassen. Als ich 1991 eine Tasse kaufen wollte, bin ich damit noch gescheitert. Sie galt als Dekoration und damit unverkäuflich. Heute ist das Interesse am Geldverdienen viel größer, und das macht eben auch erfinderisch.

Den zunehmenden Wohlstand kann man messen. Es gibt in Nordkorea inzwischen 2,5 Millionen Mobiltelefone. Diese sind ziemlich teuer, sie kosten ungefähr 250 € plus Monatsgebühr. Das muss man sich erstmal leisten können. 2,5 Millionen Mobiltelefone bedeutet aber, dass mindestens 2 Mio. Menschen so ein Mobiltelefon besitzen (mache haben zwei). Bei einer Bevölkerung von 25 Mio. sind wir bei fast 10 %, und die Zahl wächst weiter.

-->

Vor 25 Jahren fiel die Berliner Mauer, die inner-koreanische Grenze gilt heute als eine der gefährlichsten weltweit. Wie realistisch ist eine Wiedervereinigung und unter welchen Bedingungen?

Ich bin sehr fest davon überzeugt, dass Korea eines Tages wiedervereinigt sein wird. Dafür spricht unter anderem, dass sowohl Nord- als auch Südkorea es wollen. Sie sind alle koreanische Patrioten bzw. Nationalisten. Von anderslautenden Umfragen unter südkoreanischen Jugendlichen sollte man sich nicht zu sehr täuschen lassen.

Hinzu kommt der starke Druck von außen, welcher Korea prinzipiell schon in die Richtung schiebt, seine Kräfte bündeln zu müssen, um bestehen zu können. Zwischen China und Japan eingekleidet zu sein ist nicht einfach. Im Augenblick gibt Südkorea das Bündnis mit den Amerikanern noch eine gewisse Sicherheit. Ich bin mir aber nicht sicher, ob das Bündnis ewig aufrechterhalten wird. Schaut man sich die Außenhandelszahlen an, ist Südkorea bereits jetzt doppelt so abhängig vom Handel mit China wie vom Handel mit Amerika, mit unveränderter Tendenz. Das Verhältnis verschlechtert sich zu Ungunsten der Amerikaner. Und sobald China beide Koreas dominiert, kann es sehr schnell gehen – nicht unbedingt auf Initiative der Chinesen, sondern als Selbstschutzmaßnahme der Koreaner, die kein Satellitenstaat des großen Nachbarn sein wollen.

Eine koreanische Vereinigung kann im Prinzip auf zwei Wegen ablaufen: Entweder auf dem deutschen Weg, falls Nordkorea morgen kollabiert. Dann wird Südkorea den Norden erben und das Problem haben, dort in kürzester Zeit nach eigenem Muster ein funktionierendes Staatswesen aufzubauen. Das wird nicht billig. Die politische Hauptherausforderung wird darin bestehen, dass man die Chinesen davon abhält einzugreifen.

Ein zweites Szenario ist, dass es Nordkorea schafft, den bereits vorsichtig begonnenen Weg

der Transformation konsequent weiterzugehen. Vielleicht entscheidet Kim Jong-Un in zwei oder drei Jahren, dass es mit dem gegenwärtigen System nicht weitergeht, dass tatsächlich systemrelevante Reformen, sprich Privatisierungen, eine dezentralere Steuerung der Wirtschaft und eine engere Wirtschaftskooperation mit dem Ausland unausweichlich sind. Dahingehend passiert bereits jetzt schon sehr viel, vor allem in der Landwirtschaft und in Sonderwirtschaftszonen. Sollte es Nordkorea schaffen, den politischen Kollaps – wie er in der Sowjetunion passiert ist – zu überleben und stattdessen den chinesischen Erfolg zu wiederholen – die Wirtschaft zu reformieren, ohne das politische System zu killen – könnte es Nordkorea sogar gelingen, zum neuen asiatischen Tigerstaat zu werden.

Das klingt sicher völlig abwegig, aber lassen wir doch mal unsere ideologischen Scheuklappen beiseite. Die Nordkoreaner haben alles, was man für eine Entwicklungsdiktatur braucht: ein autokratisches System mit einem starken Staat, einen starken politischen Partner, der bereit ist, beide Augen fest zuzudrücken und sie zu unterstützen, eine hohe Präferenz für Bildung und ein funktionierendes Staatswesen. Nordkorea ist bereits industrialisiert, hinzukommen noch Bodenschätze in Dimensionen, die jenseits unserer Vorstellungskraft sind. Nordkorea hat eine 1200 km-Grenze mit China. Da würde manches Land seinen linken Arm für geben! Kombinieren Sie das mit der richtigen politischen Führung, die dieses Potential loslässt, und schauen Sie, was ähnliche Bedingungen in den 1960er und 1970er Jahren aus Südkorea gemacht haben.

Nordkorea würde sich mehr und mehr in eine

erfolgreiche Richtung entwickeln und Südkorea vor eine Situation stellen, die sich dann sehr vom deutschen Szenario unterscheiden würde: Man kann nicht mehr einfach auf Basis seiner wirtschaftlichen Überlegenheit argumentieren, sondern muss auf die Gegenseite zugehen und den Kompromiss suchen. Am Ende gäbe es ein ganz anderes Wiedervereinigungsszenario, mit tatsächlichen Verhandlungen zwischen sehr selbstbewussten Partnern. Soweit denkt heute noch niemand, auch und vor allem nicht in Seoul.

Vielen Dank für das Gespräch!

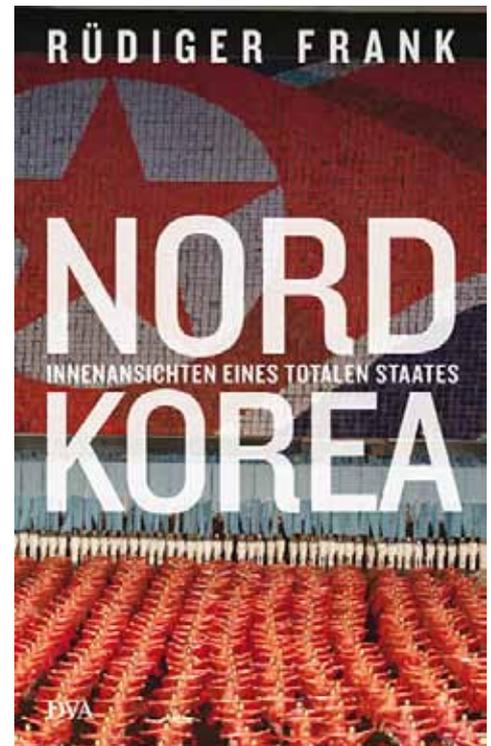


Foto: Random House

Mag. Dr. Rüdiger FRANK ist Professor für „Wirtschaft und Gesellschaft Ostasiens“ sowie Vorstand des Instituts für Ostasienwissenschaften an der Universität Wien. Er studierte Volkswirtschaftslehre, Internationale Beziehungen sowie Koreanistik in Berlin und Duisburg und verbrachte 1991/92 ein Semester als Sprachstudent an der Kim Il Sung-Universität in Pjöngjang. Lehraufträge führten ihn u.a. an die Columbia University, New York, sowie nach Seoul. 2013 zählte ihn die FAZ zu den 50 einflussreichsten deutschen Ökonomen.“

Young Leaders Programme Austria – China

The best way to learn about a country is to travel to this country. This idea was the basis for creating a Young Leaders Exchange Programme between Austria and China in late 2014. Almost a year later, in September 2015, it became reality and a group of Chinese young leaders visited Vienna and Salzburg together with Austrian students and young professionals.

Early in the morning, the Chinese delegation of 11 people arrived at Vienna Airport to take part in the first Young Leaders Programme Austria – China. Later that day, they met the Austrian group in Vienna. But let us start at the beginning.

How it all started

During the official visit of the Austrian Foreign Minister to the People's Republic of China in October 2014, Austrian Foreign Minister Sebastian Kurz and H.E. Ambassador Yang Wenchang of the Chinese People's Institute of Foreign Affairs agreed to jointly develop a Young Leaders Exchange Programme between Austria and China. In Austria, the Foreign Policy and United Nations Association of Austria (UNA-AUSTRIA) organized this Young Leaders Programme together with the Austrian Embassy in Beijing and the Federal Ministry for Europe, Integration and Foreign Affairs of the Republic of Austria. However, the programme could only be realized because of the great support from the partner enterprises AME, AT&S, HUAWEI, GREINER and MIBA.

Almost a year of negotiations with the partners being involved in this project and after the major planning processes had passed successfully, the first election process was started in Austria and 11 young leaders from different fields, such as academia, administration, industry and the technical area, were elected in order to take part in the programme.

11 participants each

The Austrian was slightly younger than the Chinese delegation. This was an interesting observation regarding the definition of 'young people'. In Austria, we had been focussing on people below 35. Therefore, our participants



The Young Leaders in the Austrian Federal Ministry for Europe, Integration and Foreign Affairs.

were people who just graduated from university and/or experienced their first success in the world of work.

The Chinese delegation, being in their 30ies and 40ies, was slightly more experienced concerning their age and job perspectives, however, the two groups mixed very well, and also could learn a lot from each other, especially because the age range was fairly big, which proved to be an interesting and winning factor.

First Impressions of Austrian Culture

After the two delegations met in Vienna at a little lunch reception with Austrian food, the formal Opening Ceremony in the Marmorsaal of the Austrian Federal Ministry for Europe, Integration and Foreign Affairs took place with opening speeches from Dr. Gerhard Pfanzelter, former Austrian Ambassador to the United Nations and Board Member of the Foreign Policy and United Nations Association of Austria (UNA-AUSTRIA), H.E. Bin Zhao, Ambassador of the People's Republic of China to Austria, H.E. Rongmin Sun, Vice-President of the Chinese People's

Institute of Foreign Affairs (CPIFA) and former Ambassador of the People's Republic of China to Luxembourg, Poland and Slovenia, Mag. Wilhelm Donko, Austrian Federal Ministry for Europe, Integration and Foreign Affairs, and myself, Bernd Hermann, as programme coordinator and head of this Young Leaders Programme.

The Dialogue to Deepen Bilateral Relations

Since only participants from two countries took place in this programme, we would like to highlight the positive possibility to deepen bilateral relationships. The young leaders discussed two major topics during the programme: The first was "Innovation and Youth", of course with the focus on Austria and China, and the second was "Opportunities and Challenges Confronting China and Europe under the One Road and One Belt Initiative".

During the programme, the participants not only had the chance to discuss these two topics on an academic level, get to know the other culture and people, but also had the chance to learn about the Austrian partner enterprises that ex-

plained their field of business in China.

Business Opportunities

As already mentioned, the programme was financed by five partner enterprises: AME, AT&S, HUAWEI, GREINER and MIBA, which all led sessions to present their enterprises but also to discuss business opportunities in Austria as well as China. Not only the participants were interested in the partner enterprises and their business activities, but also the companies showed interest in the CVs of the participants. The Young Leaders Programme showed that the cooperation between the public, private and governmental sector is a great success.

Vienna as an “International Hub”

Austria is famous for being neutral, even though being a Member State of the European Union, and Vienna is surely famous for being the seat of the United Nations, the OSCE and the OPEC.

A full day during the Young Leaders Programme was dedicated to the work of the United Nations in Vienna. The participants visited the Vienna International Center (VIC), took part in the opening of the photo exhibit “UN 70”, had a guided tour through the VIC, and discussions with Ms. Antonia Clary from the United Nations Information Service (UNIS) Vienna about “The United Nations in Vienna – UN 70 and Global Action”, with Ms Luciana VIEGA from the International Atomic Energy Agency (IAEA) and with Mr. Zhen Wang und Shen Yiyi from the United Nations Industrial Development Organization (UNIDO).

Culture and Sightseeing

Of course an important factor of such an exchange programme is also the cultural and sightseeing aspect. The evenings were spent at a Heuriger, a traditional Austrian restaurant with local food and music, at a classical concert at Schloss Schönbrunn, and at a reception hosted by former Austrian Federal Chancellor Dr. Wolfgang Schüssel, President of UNA-AUSTRIA. Apart



Vienna is an “International Hub” - The United Nations Office at Vienna: The delegates of the Young Leaders Programme Austria - China at the Vienna International Center

from sightseeing tours through Vienna, the two delegations also visited Salzburg.

Conclusio and Outlook

It was a wonderful experience for me to organize this Young Leaders Programme Austria – China. I had to deal with the interests of many different parties and it was a challenge to handle all the inputs from the partner enterprises, the Foreign Ministry and the Chinese Delegation. Even though it was a lot of work, I already look forward to the second edition of the programme, which is scheduled to take place in China in 2016.

I hope that all the participants learned a lot during the week in Austria, that friendships de-

veloped across borders and that new business opportunities could be explored. I believe that the Young Leaders Programme Austria - China became a relevant factor to deepen the bilateral relationship between Austria and China.

Finally, I would like to thank Ambassador Dr. Irene Giner-Reichl and her deputy Mag. Regina Figl, both from the Austrian Embassy in Beijing, for the great support of the project. I already look forward to further years of the exchange programme.



Bernd HERMANN works for the Foreign Policy and United Nations Association of Austria (UNA-AUSTRIA) and has run the Vienna branch of the United Nations Youth and Student Association of Austria - Academic Forum for Foreign Affairs (UNYSA-AUSTRIA-AFA) as a volunteer for more than 2 years. Before, he ran the Business Negotiation Club (BNC) in Austria. Apart from that, Bernd is editor-in-chief of the magazine Global View. Bernd studies law in Vienna and is interested in foreign policy, international relations and other cultures.

Entwicklungszusammenarbeit auf dem Prüfstand - Expert/innen und Studierende im Redewettstreit

2015 ist das Europäische Jahr der Entwicklung. Aus diesem Anlass organisierte die Stadt Wien in Kooperation mit dem Akademischen Forum für Außenpolitik (AFA) eine Debatte zum Thema „Entwicklungszusammenarbeit auf dem Prüfstand“. Die Idee war es, eine Expertin und einen Experten gemeinsam mit zwei Studierenden zum Thema diskutieren zu lassen, um den Austausch zwischen den Generationen zu fördern.

Auf der einen Seite diskutierten Mag. Andrea Schmid, Leiterin Zivilgesellschaft International bei der Austrian Development Agency (ADA), und der Student Bernhard Dohr und mussten für eine Beibehaltung bzw. einen Ausbau der derzeitigen Entwicklungshilfemaßnahmen durch die Europäische Union argumentierten. Ihnen gegenüber standen der Experte für Entwicklungszusammenarbeit DI Friedbert Ottacher und die Studentin Sabrina Ropp, die für eine Einstellung der Entwicklungshilfe in der jetzigen Form zu plädieren hatte.

Die beiden Studierenden trainieren jede Woche Rhetorik und Argumentation im Debattierclub des Akademischen Forum für Außenpolitik (AFA) und Frau Mag. Schmid und Herr DI Ottacher verfügen über langjährige Erfahrung und Expertise im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Durch den Mix der Generationen, das rhetorische Können und die Expertise entstand eine fruchtbare Diskussion am Podium. Aber auch



Mag. Bernhard BOUZEK, Büro Europa und Internationales der Stadt Wien; Berndhard DOHR, Teammitglied des AFA; DI Friedbert OTTACHER, Experte für Entwicklungszusammenarbeit; Mag. Andrea SCHMID, Leiterin Zivilgesellschaft International bei der Austrian Development Agency (ADA); Sabrina ROPP, Vorsitzende für den AFA Debattierclub in Wien; Bernd HERMANN, Vorsitzender des Vorstands für das AFA in Wien

das Publikum kam nicht zu kurz und konnte in mehreren Fragerunden bzw. durch Zwischenrufe die Debatte beleben und mit den Redner/innen und Rednern in Dialog treten.

Im Anschluss an die Debatte lud die Stadt Wien zu einem kleinen Buffet, bei dem die teilweise kontroversen Standpunkte noch ausgiebiger erörtert werden konnten, und der eine oder andere Publikumsgast die Chance nutzte, eine Frage an die Diskutanten zu stellen.

Viele der jungen Publikumsgäste interessierten sich auch für das neuerschienene Buch von

Herrn DI Ottacher „Entwicklungszusammenarbeit im Umbruch“, welches er gemeinsam mit Thomas Vogel herausgegeben hat. Frau Mag. Schmid erklärte den Studierenden auch intensiv die Arbeit, aber auch die Jobperspektiven der Austrian Development Agency (ADA), die auf sehr großes Interesse bei der jüngeren Generation stieß.

Beiden Veranstaltern ist es durch die Abhaltung dieser Debatte gelungen, einen kleinen aber wertvollen Beitrag zum Europäischen Jahr der Entwicklung zu leisten und einen breiteren Dialog mit der Bevölkerung zu genießen.



Bernd HERMANN arbeitet für die Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und engagiert sich seit mehreren Jahren ehrenamtlich in der unabhängigen Jugendorganisation Akademisches Forum für Außenpolitik – Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA), deren Lokalkomitee er in Wien seit über 2 Jahren leitet. Zuvor hat er den Business Negotiation Club (BNC) in Österreich geleitet. Zudem ist Bernd Hermann Chefredakteur des Magazins Global View. Bernd studiert Rechtswissenschaften in Wien und interessiert sich insbesondere für Außenpolitik, Internationale Beziehungen und fremde Kulturen.

Die Bibel im 21. Jahrhundert

Die Bibel ist ein Buch mit einer sehr langen Geschichte. Ihre Anfänge reichen bis ca. 1000 v. Chr. zurück, die jüngsten Texte stammen aus dem 2. Jh. n. Chr. Die Bibel gehört somit zum Kulturerbe der Menschheit, in erster Linie ist sie jedoch für Juden wie Christen ein Heiliges Buch, offenbartes Wort Gottes und Grundlage ihrer Religion.

Bei näherem Hinsehen ist der Begriff „Bibel“ – der wörtlich „Buch“ heißt – nochmals differenzierter zu betrachten, da das damit gemeinte Buch für Juden einen anderen Umfang besitzt als für Christen. Juden sprechen vom „Tanach“ (TNK). Er besteht aus drei Teilen, nämlich Tora („Weisung“), Nebi'im („Propheten“) und Ketubim („Schriften“). TNK ist ein Akronym, gebildet aus den Anfangsbuchstaben dieser Teile. Er enthält 24 in hebräischer Sprache verfasste Bücher, sein Umfang wurde im 2. Jh. n. Chr. verbindlich festgelegt.

Für die Christen besteht die Bibel aus zwei Teilen, nämlich einem „Alten Testament“ und einem „Neuen Testament“. Da Jesus, seine Anhängerschar, aber auch die ersten Christen allesamt Juden waren, haben sie ihre Heilige Schrift „mitgenommen“. Im 1. Jh. n. Chr. entstanden zusätzlich Schriften, die den Glauben an Jesus nicht nur als jüdischen Messias (hebräisch „Messias“ bedeutet „Gesalbter“, was griechisch „Christos“ heißt und der neuen Gruppe der „Christen“ den Namen gab), sondern als Retter aller Menschen, als „Sohn Gottes“, bezeugten.

Eine Auswahl dieser Dokumente (4 Evangelien, 14 Briefe, 1 Apostelgeschichte, 1 Apokalypse) wurde nach und nach ebenfalls als göttliche Offenbarung eingestuft, im ausgehenden 4. Jh. n. Chr. für verbindlich erklärt und als Neues Testament an das Alte Testament als dessen Fortführung angefügt.

„Heiß umfehlet – wild umstritten“

Im Laufe des 1. und 2. Jh. n. Chr. erfolgte die Trennung von Juden und Christen, dabei traten die neuen Glaubensgemeinschaften in heftige Konkurrenz zueinander. Drangsalierte zunächst das gut organisierte, alteingesessene Synagogentum die Abtrünnigen, kehrte sich dies mit dem Erstarken des Christentums und seinem Aufstieg zur Reichsreligion im 4. Jh. dramatisch um. Die theologische Auseinandersetzung konzentrierte sich unter anderem auf den Anspruch auf die hebräische Bibel bzw. deren – jeweils als Recht vertretene – Auslegung. Die Christen verstanden diese Schriften als Vorbereitung auf das mit Jesus Christus Neue in Gottes Offenbarung. Erst durch die Brille des Neuen Testa-

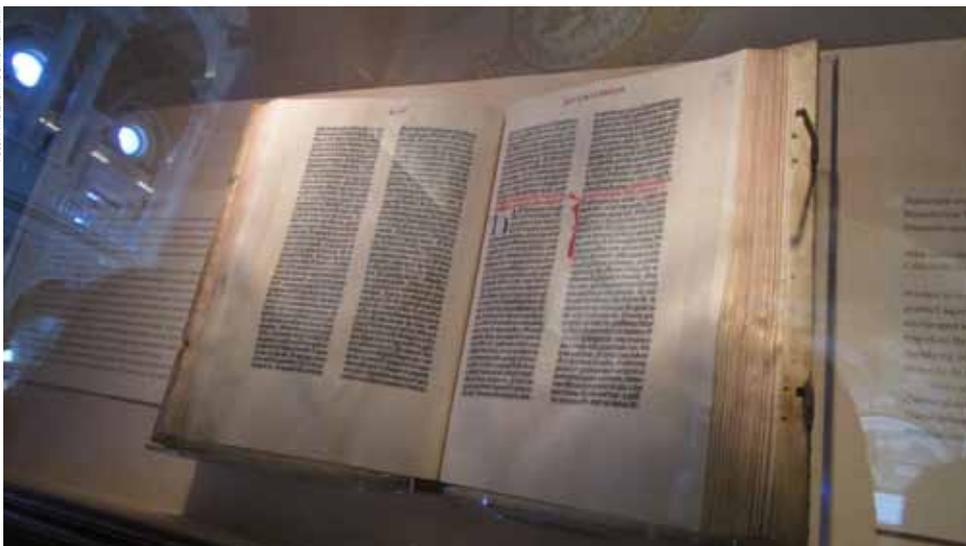
ments erschloss sich für sie der Sinn des Alten Testaments, dessen Eigenwert dadurch in Frage gestellt war.

Christen des ausgehenden 20. wie begonnen 21. Jahrhunderts stellen sich vermehrt und neu der Frage nach dem Verhältnis zum Judentum und dessen Bibel. Denn der „Sieg“ des Christentums wurde über die Jahrhunderte von einem christlichen Antijudaismus begleitet, ohne den der spätere neuzeitliche Antisemitismus wie die Katastrophe der Shoa nicht denkbar gewesen wären. Deshalb fühlen sie sich auch verpflichtet, ein Verständnis des „Alten Testaments“ zu suchen, das dessen Eigenwert verstärkt anerkennt, den Gedanken vom Höhepunkt der Offenbarung Gottes in Jesus Christus nicht zum Ausgangspunkt einer Abwertung der hebräischen Bibel nimmt sowie eine Enteignung des Judentums vermeidet, wenn das Alte Testament als Teil der christlichen Bibel hochgehalten wird. Um jedem Gedanken einer Abwertung entgegenzuwirken, sprechen viele heute lieber von einem „Ersten Testament“. Das Modell der Hochschätzung eines gemeinsamen heiligen Erbes statt der Konkurrenz um die Bibel steht also theologisch für das 21. Jahrhundert auf der Agenda.

Die Bibel – Gottes Wort in Menschenwort

Die Bibel gilt ihren Gläubigen als geoffenbartes Wort Gottes. Seit Alters her beschäftigt daher die Frage, wie dieser Vorgang zu denken sei: Gott offenbart sich in einem Text. Um die Heiligkeit und Unangreifbarkeit dieses Textes zu unterstreichen, kennt bereits das antike rabbinische Judentum die Vorstellung der Präexistenz der Tora, und orthodoxe Juden halten bis heute daran fest, dass diese von Gott offenbart und verfasst wurde.

Auch im Islam, für den im Koran Gottes Offenbarung endgültig ergangen ist, wird die Bibel als



Historische Bibel - ausgestellt in Washington D.C.

ursprünglich von Gott geoffenbart anerkannt, allerdings soll sie im Lauf der Zeit verfälscht worden sein (vgl. Suren 2:75+79, 4:46, 5:23). Neben die Auffassung eines im Himmel präexistenten Korans trat dann die einer von Gott an Mohammed nach und nach übermittelten Schrift.

Die christliche Inspirationslehre ging zwar nie von der Vorstellung einer Präexistenz der Bibel oder eines Diktates Gottes im strikten Sinn aus, schwankte aber zwischen einer den Text selbst (lat. „verba“) noch von Gott beeinflusst sehenden „Verbalinspiration“ und einer die menschliche Verfasserschaft betonende „Realin-spiration“, wo Gott dem biblischen Autor nur die Gedanken (lat. „res“) eingibt. Dieses Verständnis von Gottes Wort in Menschenwort eröffnet theologisch die Möglichkeit der Interpretation der heiligen Texte und ist auch in der jüdischen Theologie gegenwärtig mehrheitsfähig.

Der Blick auf die Bibel als ein „menschlicher Text“ erscheint als zentrales Anliegen für das 21. Jahrhundert, um dieses Heilige Buch – und Heilige Schriften allgemein – einem Konfrontation schürenden radikalen Fundamentalismus aus der Hand nehmen zu können. Die theologische Aufgabe steht also an, die der Antike entstammende Bibel in einer postmodernen Welt zu inkulturieren. Dem dient der historische Zugang, der dies mittels Interpretation (oft schwieriger Texte) im gegenwärtigen geistesgeschichtlichen Kontext ermöglicht. Die Bibel als ein Buch zu verstehen, das Frieden stiftet und nicht Konfrontation fördert oder gar Kriege begründet, bleibt dem 21. Jahrhundert eine Aufgabe.

Zugleich gilt es die theologische Frage zu bewältigen, die Bibel nicht nur als kleine „Bibliothek“ ganz unterschiedlicher Bücher zu betrachten, sondern als „ein Buch“, das Gottes einmaliges Wort an die Menschen, die er liebt, endgültig und vollständig enthält. Also nicht nur im interreligiösen Dialog, sondern auch in der innerchristlichen Diskussion bedarf es mittels Interpretation einer „Übersetzung“ zeitgebundener Vorstellungen und Wertmaßstäbe, die den „Geist“ der Bibel bewahren, aber auch der

geistesgeschichtlichen Veränderungen seit ihrer Entstehung Rechnung trägt und so Möglichkeiten zu „Korrekturen“ eröffnet.

Die Bibel – Quelle der Inspiration

Die christliche Bibel ist mit einer Gesamtübersetzung in rund 500 Sprachen das am weitesten verbreitete und am häufigsten übersetzte Buch der Welt. So besitzt sie nicht nur innerhalb der unterschiedlichen christlichen Konfessionen immensen Einfluss auf das Leben der Gläubigen, sondern wirkt vielfältig über diese Grenzen hinaus. Unzählige Kunstwerke verschiedenster Kunstgattungen und Kunstrichtungen lassen sich bis heute von ihr inspirieren und tragen so zur Verbreitung ihrer Botschaft bei.

Daneben hat man gerade im ausgehenden 20. wie beginnenden 21. Jahrhundert auch die „politische“ Dimension der biblischen Botschaft erneut entdeckt. Sie ist zu einem Faktor im Ringen um globale Herausforderungen der Menschheit geworden. Schon die Propheten der hebräischen Bibel erheben ihre Stimme zu zentralen gesellschaftlichen Fragen, wie soziale Gerechtigkeit, Rechte von Fremden, Wahl zwischen Gewalt und Frieden etc., woran Jesus von Nazaret und die neutestamentlichen Autoren nahtlos anschließen.

Die sozialgeschichtliche Auslegung belebt dieses Erbe z.B. in der Befreiungstheologie Südamerikas, wo die innerkirchlichen wie nationalen Auseinandersetzungen darüber von der Sprengkraft wie Aktualität dieser Botschaft für das 21. Jahrhundert zeugen. Das Gleiche gilt neben der europäischen Friedensbewegung, die sich



Die Katholische Kirche ist in aller Welt heiß diskutiert; vielleicht lohnt sich einmal ein Besuch in einer Kirche bzw. ein Blick in die Bibel, um selbst einen Eindruck zu bekommen.

zu Beginn des 3. Jahrtausends erneut mit dem Thema Krieg konfrontiert sieht, wenn es um die „Verteidigung westlicher Werte“ geht, ebenso für die Ökologiebewegung, die eine ihrer Wurzeln in der Schöpfungslehre der Bibel hat und unter dem Motto „Bewahrung der Schöpfung“ noch immer Christinnen und Christen zum Engagement in diesem Bereich motiviert.

Die Bibel scheint also auch für das 21. Jahrhundert noch ein vielfältiges Potential bereit zu halten.



Dr. Martin STOWASSER, geb. 1959 in Wien, studierte Katholische Fachtheologie; nach Promotion und Habilitation im Fach „Neutestamentliche Bibelwissenschaft“ wurde er Außerordentlicher Universitätsprofessor an der Kath. theol. Fakultät der Universität Wien. Er ist verheiratet und hat 3 Kinder.

Partnership as an Alternative to Spheres of Influence: The Case of Europe

“It is not tolerable, it is not possible, that from so much death, so much sacrifice and ruin, so much heroism, a greater and better humanity shall not emerge” - Charles de Gaulle

Europe’s territoriality has been so eloquently described by the prominent French general and statesman, Charles de Gaulle, whose words echo sentiments of the kind of Europe from the past, Europe from the historic books that marked the infamous era of the Cold War. De Gaulle denoted that in those circumstances Europe was to be measured from the Atlantic to the Ural Mountains. Today, history urges us to look deeper when attempting to define Europe, which is by all means not only a continent. It is the cradle of civilization, a synonym for both diversity and unity.

Renowned French philosopher and sociologist Edgar Morin has stated, “One nation always has a shared past. It is a communality of states with a related culture which more often than not has a similar language. And one nation can be upheld through collective memories, norms and rules...through a vibrant past, mutual experiences, events, suffering, happiness, defeat, triumphs, and eminence...The destiny of tomorrow has the power to retroactively influence Europe’s past and create unification through a similar consciousness that connects the source of conflict with an emphatic solidarity”.

The history of mankind is to great extent determined by different processes, events and developments which were generated in Europe. The vast European tradition and unique demographic positioning makes this land politically and socially relevant, and its partnerships and alliances with the rest of the world globally significant. Europe is not only a continent. It is a partnering community, a place where both World Wars started and were carried out, leaving a historic and political mark on all humankind.

I believe Europeans have learned a lot from history, and I would say from geography. Therefore, time has come for the creation of new forms and methods through which international relations

will be conducted and international cooperations will be formed. These concepts however, must fully reflect and adhere to the picture of today’s world; a world of globalization, multi-lateralism, regional integration and sustainable development.

And if we are searching for the common denominator of all these simultaneous processes it is partnership. Partnerships are the contemporary alternatives to spheres of influence. They are gradually corroding the archaic system of state-centrism and coming at the forefront on the global political stage, signifying evolvement, growth and progress. One such example that signals the emergence and adaption of global partnerships as a highly valuable political tool is the denunciation of the Monroe Doctrine by US Secretary of State John Kerry.

In a speech to the Inter-American Dialogue Organization in 2013, Kerry firmly repudiated the Monroe doctrine announcing that a new era of global governance will pave the way for conducting international relations. Kerry stated “Today, however, we have made a different choice. The era of the Monroe Doctrine is over... The relationship that we seek and that we have worked hard to foster is not about a United States declaration on how and when it will intervene in the affairs of other American states. It’s about all of our countries viewing one another as equals, sharing responsibilities, cooperating on security issues, and adhering not to doctrine, but to the decisions that we make as partners to advance the values and the interests that we share.” The recent turnabout between US and Cuba including the establishment of diplomatic relations between the two neighboring countries is an appropriate example in this regard.

A similar denunciation must be applied to the so-called Brezhnev Doctrine which was aimed at reducing the sovereignty of countries who

belonged to the same ideological, military and political camp. Legitimized through the Warsaw Pact, the Brezhnev Doctrine authorized the use of forces under the pretense of protecting the communist rule and gave legality to the concept of “blatant interference.” This concept was fully enacted when the Soviets crushed the Prague Spring Movement and invaded Czechoslovakia as well as during the uprising of Hungary and in the German Democratic Republic in the 50’s. Fortunately, the world of camps based on common ideologies is gone and with it the Cold War Era. Therefore, it is necessary that both the Monroe and Brezhnev Doctrine completely disappear from the realm of implementation.

During the last decade of the 20th century people in Eastern Europe have made two historic decisions: first, to become sovereign nations as well as democracies based on freedom of speech and second, to adopt the rule of law and market economies. This marked the beginning of a new era of international relations in Europe which profoundly changed its geopolitical configuration. Today, the European continent counts 50 internationally recognized and sovereign states. The initial structure of the European Union on the other hand counted only six nations including Germany, Italy, Belgium, France, Luxembourg and the Netherlands.

The political configuration of the EU today has significantly changed; it has enlarged reaching 28 member countries. And as Federica Mogherini stated in her speech at the 2015 IISS Shangri-La Dialogue “the European Union is also a foreign policy community, a security and defense provider. For our own people - within our borders and in the rest of the world; in our own region.” The European Union while still upholding the values of regionalism and power politics is inevitably transitioning. Not being immune to the effects of globalization, the EU is gradually starting to advance a communal platform

primarily based on multilateralism as a direct substitute to spheres of influence. Nonetheless, it is crucial to discern that the EU is built upon the principle of balance of interest rather than balance of power which characterizes the relations and cooperation model of the union.

Consequently, the main concern that arises in the discussion of building greater cooperation among nations in Europe is how to strengthen the economic dimension as a form of partnership which kicked off 25 years ago at the Bonn Conference on Economic Cooperation in 1990 (one of the landmark conferences that established the CSCE –Conference on Security and Cooperation in Europe later transformed in OSCE-Organization for Security and Cooperation in Europe).

Currently, several world leaders have addressed this question by underlying that joint efforts on creating transparent institutions, eliminating corruption, dealing with security threats and establishing regional stability can subsequently lead to building stronger economies and economic relations among nations.

The President of the European Council, Donald Tusk affirmed the importance of building long-withstanding and productive coalitions speaking at the Eastern Partnership Summit in Riga 2015. Tusk stated, “our relationship is built on free will, respect and equality. And our partnership will go forward step-by-step, just as the European Union has been built. Through concrete progress on matters such as trade, energy, transport, mobility and reforms our partnership will grow increasingly closer and offer by far the best prospects for Europe as a whole.”

German Chancellor Angela Merkel has emphasized the relevance and value of EU’s cooperation with the states of Eastern Europe. In her address at the Bundestag, just a few days before the beginning of the Riga Summit, she stressed the importance of fostering mutual partnerships not as a threatening alliance to other nations as it may be understood but rather as a building block to mutual prosperity. Merkel stated, “The Eastern Partnership is not directed against anyone” and in addition to that she described the G7 states as a community of shared values. Nonetheless, the decision to exclude Russia from the G8 remains controversial. Although the Ukraine crisis and

conflict, led to a serious deterioration of relations between the West and Russia, it remains questionable if this decision was appropriate bearing in mind that partnership with Russia is of utmost importance for peace and security in the broadest sense. Subsequently, we must not forget that the role of the G8 as a channel, that is relevant for fostering partnership between Russia and the transatlantic alliance, is not being fully attained with such a decision.

Russian president Vladimir Putin pointed out in his 2014 Valdai International Discussion Club’s speech: “In light of the fundamental changes in the international environment, the increase in uncontrollability and various threats, we need a new global consensus of responsible forces. It’s not about some local deals or a division of spheres of influence in the spirit of classic diplomacy, or somebody’s complete global domination. I think that we need a new version of interdependence. We should not be afraid of it. On the contrary, this is a good instrument for harmonizing positions.”

A sound partnership between Russia and the European Union would certainly serve this cause. Efforts must be made on both sides to not only implement already existing principles of OSCE and UN policies but also to build on them and to make these values resistant from any temptations to violate them on the account of “weaker” partners.

In the Joint Declaration of the Eastern Partnership Summit in Riga, on May 22 of 2015 words of commitment, dedication and loyalty in the partnering relations echo in the statements that read, “The participants of the Riga summit reconfirm the high importance they attach to the Eastern Partnership as a specific dimension of the European Neighborhood Policy... Summit participants recommit themselves to strengthen democracy, rule of law, human rights and fundamental freedoms, as well as the principles and norms of international law... They recall that the Eastern Partnership is founded on shared ownership, responsibility, differentiation and mutual accountability.”

Federica Mogherini reaffirmed a similar notion during her 2015 IISS Shangri-La Dialogue speech stating, “we share: political partnerships, security cooperation, global challenges to which we

need to give responses that will be effective only if they will be joint ones. From terrorism to climate change, from natural disasters to cyber-attacks, the threats we face today have no borders - they are global by nature, by definition. And we need strong, global partnerships to face them.”

Furthermore, we can witness how the words “interest” and “influence” are being substituted with the concept of “values” which represents the political basis and cornerstone for building any form of partnerships. Such shifts that come as a direct result of the current political configuration and the pressing challenges of today, that need to be adequately addressed, signal the relevance of partnerships as not only an alternative to spheres of influence but rather as a much desired necessity. If we use this latter concept we participate in building a world of shared values, ethics and principles.

The effects of globalization require that we tackle the problems and contemporary issues through multilateral cooperation often times as the only method and possibility for plausible resolutions with conflicts.

Only through comprehensive partnership can we address climate change, security issues, terrorism and financial crisis. Partnership alludes to political solidarity and not animosity. It denotes commonality instead of elitism, isolationism, dominance and state individuality. Political, social and cultural partnerships can eliminate divisions, and transgress borders by creating global unification on matters relevant for sustaining a better world.

A quarter of a century later, one has to pose the question of whether Europe, through all these developments, has truly eliminated the spheres of influence approach.

In an article entitled “Geography Rules” renowned scholar Robert Kaplan writes “The media is preoccupied with democracy, human rights and other values-driven elements that reflect the discourse of foreign policy among elites and that often have little to do with the actual motivations of governments behind closed doors. So what is really going on in the world, what really motivates governments? In fact, the globe is a venue for struggles over geographic

spheres of influence to the same extent it has been in former ages.”

Let us take as an example the Partnership for Peace (PfP) between NATO and Russia, which was established to prevent tensions and conflicts among the two partners and to stimulate cooperation between the former enemies in the post Cold War Era. The PfP has the potential to rebuild, enhance, and strengthen trust and stability between Euro-Atlantic nations, and specifically to strengthen collaboration when it comes to peacekeeping principles and defense planning strategies between Russia and NATO.

Undoubtedly, it was the right decision at the right time. Regrettably, this model of collaboration and partnership turned out not to be so instrumental in 2008 and 2014 during the conflicts in Georgia and Ukraine. Evidently, the logic of spheres of influence prevailed over the logic of partnership in both cases. If one wants to draw lessons from these bitter experiences, the first instance that comes to mind is to reexamine the role of OSCE and the United Nations or to adopt new peace and security arrangements in this kind of developments. It seems that already existing instruments and rules are not sufficient and applicable to prevent such conflicts and to secure cooperation and partnership.

In order to disintegrate the model of spheres of influence, future partnerships must be built on solid grounds, through sound and coherent terms which will prevent conflicts and possible controversies (especially as the ones singled out in the Helsinki Final Act of 1975 that include for example both “Inviolability of frontiers” and “Equal rights and self-determination of the peoples” which are by default two clashing principles difficult to uphold simultaneously without certain controversy). The textbook example of how partnerships should be developed and built is the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) between the USA and EU. The possibility for signing this kind of Treaty between the European Union and Russia on the other hand, should definitely be examined as it might serve as the second pillar of security.

Nevertheless, if possible controversies are to be successfully eliminated partnerships must be formed according to a structured paradigm that

will be based on four main pillars; 1) transparency, 2) a point of shared benefit or plausible crisis, 3) amalgamated values and 4) political equilibrium. A simple elaboration on the significance of transparency as the first pillar of any social, cultural, diplomatic, military or political partnership is the simple need for mutual honesty.

Alliances and collaborations cannot be sustained if nations have different prolific agendas and dual intentions when forming such connections. Structured allegiances function only through a fair and transparent platform brought forth as a prerequisite for a trustworthy, respectful and productive cooperation. In essence, if transparency is excluded from the operational manual of any partnering agreement it is safe to conclude that the method of spheres of influence has prevailed in such political contracts.

Consequently, the point of shared benefit or plausible crisis is what brings the partnering sides together and dictates the theme, course and end result of the desired cooperation. It has always been known since the beginning of civilization that triumph and misery unite people and consolidate partnerships. Therefore, in today’s era of globalization it seems that the same destiny of victory or anguish can create strong alliances.

The synchronicity of shared values between partnering nations inextricably becomes the main theme that characterizes a certain partnership. The amalgamation of ideas, motives, standards and ideals must occur in order for a partnership to be formed on the grounds of a certain objective. If members have disparate and contradicting values when determining the main goals of an exact agreement the outcome is more likely to be unconstructive for that matter. Finally, the aspect of political equilibrium in partnerships signifies a form of impartiality or balance in the formed relationship. In structured and coherent alliances there are no “weaker” and “stronger” parties but rather each member involved has equivalent “power” in the decision-making process or in the negotiating phase.

Another example of a comprehensive partnership that rests predominantly on the aforementioned pillars is the Central European Initiative that contains 18 member states of which 9 EU

members and 9 non-EU members. The CEI represents a good model of how highly-valuable synergies can be created through partnerships which are aimed at preventing ethnic border conflicts (for instance when drawing borders along ethnic lines or nation states as we have witnessed in Bosnia and Herzegovina and with Serbia) and their escalation.

Initiatives like CEI represent strong partnerships that aid in the process of eradicating ethnic tensions. The very basis of CEI is contained in its slogan that reads “... regional cooperation for European integration and bridge between macro-regions” and its strategic objectives include “support CEI Member States on their path towards European integration; promote the alignment of CEI Member States to EU standards; implement small and medium-sized projects; open to convert constructive ideas into innovative results.” We must not forget that partnerships need to stimulate and encourage regional progress; they must ultimately build bridges that will prevail through difficult trials and tribulations. The CEI propagates a partnership built exactly on support, implementation, constructivism and reinforcement. Consequently, only if partnerships are structured in a consistent and firm manner with concrete policies they have the potential to be the ultimate alternative to spheres of influence.

The status of South Tyrol or Alto-Adige in Italy is probably the most relevant example that speaks to the significance of overcoming clashing principles such as territoriality, ethnic unrest and minority rights. It could serve as a pattern for the resolution of conflicts between neighboring countries which involve ethnic minorities in Europe, for many decades after the Second World War including the recent one in Ukraine.

Violence in South Tyrol erupted between the German and Italian population when in 1930, a mass relocation of Southern Italians occurred into the territory. Author Sonja Steinbrech writes, “Those residents who declared themselves of German heritage were forced to relocate into the area of the Third Reich and the ‘Italianization’ of the Province began.” The flourishing of German culture was suppressed, schools and churches were closed and after years of repression and subjugation, in 1960,

German-speaking activists started retaliating and committing terror against the public.

The conflict was resolved by providing the German-speaking ethnic minority with their basic rights, freedoms and successive laws. The manner in which the status of South Tyrol was regulated is an exemplary case which proves that controversial and contradicting principles (“inviolability of frontiers,” “equal rights and self-determination of the peoples” and “territorial integrity of states”) can be dissolved and unified as complimentary rather than contradictory. One should not forget how Austria acted, being the immediate neighbor and one of the concerned parties. It did not behave as part of the problem but rather as part of the solution which implied full respect of the sovereignty and territorial integrity of Italy.

The regulation of the problem was based on the simultaneous recognition of Italy on one side and the German-speaking minority on the other side, on the level of both the nation state and the level of the province.

Equally, in this scenario where the German-speaking minority provisionally becomes the majority having the right of provincial management, while foreign affairs and military action remain in the hands of the Italian state, we can witness a true form of co-governance which can only be possible through means of partnership. Ultimately, Europe has witnessed similar situations in many parts of the continent involving more than a dozen of European countries from the Balkans to the Baltics. This model can be applied in the case of the conflict in the Eastern part of Ukraine, building up on the Minsk Agreement from 2014. Recent history proves that drawing ethnic borders is a dangerous and counterproductive pattern. Being aware of this fact, European states decided to design and adopt The Helsinki Final Act, 40 years ago as well as the OSCE Charter of Paris.

Therefore, the aforementioned three principles, part and parcel, of these documents together with others (such as “Sovereign equality, respect for the rights inherent in sovereignty, Refraining from the threat or use of force, Peaceful settlement of disputes, Non-intervention in internal affairs, Respect for human rights and fundamental freedoms, including the freedom of thought,

conscience, religion or belief, Co-operation among States and Fulfillment in good faith of obligations under international law”) were aimed at preserving not only peace and security in Europe but also encouraging cooperation across the continent.

Whereas promotion of human rights and minority rights represents a benign and peaceful approach for the resolution of such conflicts, changing of borders and annexation are a painful and dangerous approach. The outcome in both cases is clear. While the former leads to an outcome which is based on the preservation of peace and security, the latter one leads to conflicts and wars. Evidently, the implications of the first approach are in full accordance with the principles of OSCE and the UN, as opposed to the implications of the latter approach that mean collision with the same.

The long debated controversial question of so-called “minority” and so-called “majority” was resolved in South Tyrol, proving once and for all that these political epithets should not be a reason for animosity but rather a motivation for prosperity. This example should truly encourage organizations like OSCE and UN, keeping South Tyrol as a paradigm of a fruitful settlement, to undertake additional efforts in building mechanisms and instruments for strong and long-term partnerships between neighboring countries, as well as on sub-regional and regional level.

References:

Charles de Gaulle Quotes. Goodreads Inc Official Website. Web. 20 July 2015.

Conference on Security and Co-operation in Europe Final Act: Helsinki 1975. Organization for Security and Co-operation in Europe Official Website. Web. 17 July 2015.

Joint Declaration of the Eastern Partnership Summit Riga. 22 May 2015. Web. 10 July 2015.

Kaplan, Robert. “Geography Rules: It’s All About Spheres of Influence.” Real Clear World Website. 22 August 2013. Web. 10 July 2015.

Kerry, John. “Remarks on U.S. Policy in the Western Hemisphere.” Speech at the Inter-American Dialogue Organization. Washington DC. 18 November 2013.

Merkel, Angela. “The Eastern Partnership is More Important than Ever.” Speech at the Bundestag. Berlin. 21 May 2015.

Mogherini, Federica. “Global Security Challenges and the Asia-Pacific: Building Cooperation between Regions.” Speech at the 2015 IISS Shangri-La Dialogue Fifth Plenary Session, the 14th Asia Security Summit. Singapore. 31 May 2015.

Morin, Edgar. *Penser L’EUROPE*. Paris: Editions Gallimard, 1987. Print.

Putin, Vladimir. “The World Order: New Rules or a Game without Rules.” Final plenary session of the Valdai International Discussion Club’s 11th meeting. Sochi. 24 October 2014.

Steinbrech, Sonja. “South Tyrol: Conflicting Ethnicity.” ICE Case Studies, Number 128. May 2004. Web. 17 July 2015.

Tusk, Donald. Final Remarks. Press Conference of the Eastern Partnership Summit. Riga. 22 May 2015.

The Central European Initiative-Mission and Objectives. The Central European Initiative Official Website, 1997. Web. 17 July 2015.



Dr. Srgjan KERIM is a professor and holds a Ph.D. in international economics. In the period between 2000 and 2001 he was the Minister of Foreign Affairs in the government of the Republic of Macedonia. In 2007, Dr. Kerim was elected as the President of the 62nd Session of the General Assembly of the United Nations in New York. In 2008 he was selected as the Special Envoy on Climate Change to the UN Secretary General. In the period between 2003 until 2012 he was the General Director of the media group WAZ for Southeast Europe and the General Manager of “Media Print Macedonia.” Since 2012 he is the President of the Board of Directors at “Media Print Macedonia.”

Who will manage my career?



I will. Starting with a Master's degree at Webster University.

Expand your horizons and advance your critical thinking skills with a first-class Master's degree from an American and Austrian accredited university. Webster Vienna offers quality programs and flexible scheduling with evening classes. Join inquisitive and multi-cultural students, and connect with Webster's truly international campus and alumni networks.

Be prepared. Be valuable. Be world-ready.

Webster
UNIVERSITY

Vienna
Private University